

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 21. Sitzung des Landtages von Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zwei Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiern heute Frau **Elisabeth Veldhues** von der Fraktion der SPD – liebe Frau Veldhues, herzlichen Glückwunsch! –

(Allgemeiner Beifall)

und Herr **Stefan Wiedon** von der Fraktion der CDU. Lieber Herr Kollege Wiedon, auch Ihnen herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte **zur Tagesordnung** ich auf Folgendes hinweisen: Die Landesregierung hat als neuen Punkt 2 unserer heutigen Tagesordnung eine Unterrichtung angemeldet zum Thema „Konsequenzen der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen vom 18. Januar 2011 in dem verfassungsgerichtlichen Verfahren betreffend das Nachtragshaushaltsgesetz 2010“. Eine Aussprache über die Unterrichtung durch den Finanzminister ist entsprechend § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung vorgesehen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein:

1 Dioxin in Futter- und Lebensmitteln – Aktueller Sachstand und Konsequenzen

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1140

Der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 11. Januar 2011 mitgeteilt, dass die Landesregierung eine Unterrichtung zu dem genannten Thema beabsichtigt.

Die Unterrichtung erfolgt durch den Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz. Ich erteile Herrn Minister Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, gestern gab es ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliges Ereignis:

(Zurufe von der CDU)

eine gemeinsame Tagung aller Verbraucherministerinnen und -minister und aller Agrarministerinnen und -minister zusammen mit der Bundesverbraucherschutzministerin. Das wirklich Einmalige daran ist, dass wir uns auf ein gemeinsames Ergebnis haben verständigen können. Seit gestern kann man sagen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch die Landwirte wieder Boden unter den FüÙen haben und dass es eine Perspektive gibt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist ein Erfolg für den Verbraucherschutz. Wenn man die Debatte der letzten 20 Jahre zu diesem Thema – insbesondere im Futtermittelbereich – verfolgt, dann kann man sagen: Wird das umgesetzt, was wir gestern beschlossen haben – der Auftrag lautet ja, es umzusetzen –, ist das ein Quantensprung für das Futtermittelrecht, für das Lebensmittelrecht und auch für das Verbraucherinformationsrecht.

Wir können mit Fug und Recht sagen, dass die Landesregierung mit ihrer offensiven Haltung, mit ihrem offensiven Handeln richtig gelegen hat und dass wir mit unseren Vorschlägen entscheidend zur Vorlage der gestern gefassten Beschlüsse beigetragen haben.

„Ein Ei gleicht dem anderen“ heißt es. Aber in den vergangenen Wochen konnten wir uns dessen nicht immer sicher sein. Dioxine in Eiern haben Verbraucherinnen und Verbraucher zutiefst verunsichert. Das ist eine der dramatischsten Folgen dieses Skandals, der uns seit vier Wochen fest im Griff hat, ein neuerlicher Vertrauensverlust der Menschen in die Produktion unserer Lebensmittel. Viele Menschen stellen sich folgende Fragen: Verdienen unsere Lebensmittel den Namen eigentlich noch? Was steht denn für das Leben in den Lebensmitteln? Oder steht das Leben in den Lebensmitteln eigentlich noch?

Seit dem 23. Dezember sind Bauernhöfe im Land gesperrt. Auch jetzt gibt es immer noch Betriebe, die keine Tiere zur Schlachtung abgeben dürfen. 44 Höfe sind landesweit noch immer gesperrt. Insgesamt waren in unserem Land 268 Bauernhöfe betroffen, weil sie Futtermittel erhalten haben, in die belastete Fette eingemischt waren. Der größte Teil des belasteten Futters kam direkt von Herstellern aus Niedersachsen.

Erfreulich ist, dass bei bisher nur drei Betrieben Überschreitungen der Grenzwerte festgestellt wur-

den. Aber auch drei Futterwerke in Nordrhein-Westfalen haben Fette vom Verursacher des Skandals, des Unternehmens Harles und Jentzsch in Schleswig-Holstein, bezogen.

Die Verantwortlichen dieser Firma haben nach jetzigem Kenntnisstand wissentlich und offenbar mit krimineller Energie die Sicherheit von Lebensmitteln und die Existenz von landwirtschaftlichen Betrieben aufs Spiel gesetzt. Niemand weiß – das gilt jedenfalls heute –, wie lange das schon lief.

Dieser Skandal verläuft nach dem bekannten zynischen Drehbuch, wie wir es leider aus vielen anderen Verbraucherskandalen und Vorläuferskandalen kennen: Aus Profitgier und im klaren Bewusstsein, gegen Gesetze zu verstoßen, werden Abfälle zu Futtermitteln verarbeitet. Bis der Skandal aufgedeckt wird, gelangen belastete Lebensmittel in die Supermarktregale und können die Gesundheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern gefährden. Die Zeche dafür zahlen die Landwirte und die Verbraucherinnen und Verbraucher. Am Ende stiehlt sich dann der Verursacher mit einer Insolvenz – wie auch hier – aus der Verantwortung.

Aber es gibt eben nicht nur die Schuld, die kriminelle Energie. Vielmehr gibt es eine Struktur, die dazu einlädt: einen Lebensmittelhandel und eine Ernährungsindustrie, die fast ausschließlich auf den kleinen Preis setzt und damit Anreiz bietet, genau so vorzugehen.

Ich glaube, ohne Übertreibung sagen zu können, dass sich Nordrhein-Westfalen in dieser Krise bewährt hat und dass wir gezeigt haben: Vorsorgender Verbraucherschutz bedeutet offensives und konkretes Handeln.

Wir haben unmittelbar einen Krisenstab gebildet und als erstes Bundesland sofort die dringend notwendigen Sperrungen von Ställen veranlasst.

Obwohl die Krise ihren Anfang in Niedersachsen und Schleswig-Holstein genommen hat, haben wir zuerst gehandelt. In unserem Untersuchungsamt in Münster lagen die ersten Untersuchungsergebnisse von Eierproben vor. Diese zeigten zum Teil deutliche Überschreitungen der Höchstwerte. Wir haben den anderen Bundesländern diese Ergebnisse unmittelbar zur Verfügung gestellt. Dann wurden auch die Höfe in Niedersachsen gesperrt.

Wir haben als erstes Land Stempelnummern der betroffenen Eier bekannt gegeben. Die Verbraucherinnen und Verbraucher konnten so prüfen, ob sie möglicherweise vor dem Zeitpunkt der Betriebssperrungen belastete Eier gekauft hatten. Wir haben versucht, die Produkte, die in den Handel gelangt sind, zurückzuholen, soweit uns dies möglich erschien. Erfreulicherweise haben andere Bundesländer dann unsere Auffassung geteilt und ebenfalls die betroffenen Codes veröffentlicht.

Wir haben als erstes Bundesland Maßnahmen für die Futtermittelsicherheit gefordert und bereits am 6. Januar einen entsprechenden Zehnpunkteplan vorgestellt, der Grundlage der gestrigen Beschlüsse geworden ist.

Wir haben von Anfang an die anderen Länder und das Bundesamt für Verbraucherschutz über den aktuellen Stand der Betriebssperrungen, der Ergebnisse und der entsprechenden Untersuchungen unterrichtet.

Wir haben darüber hinaus Untersuchungen eingeleitet, wo und wie das Dioxin möglicherweise ins Futter gekommen ist.

Des Weiteren haben wir am 6. Januar eine Sonderkonferenz der Verbraucherschutzminister beantragt; diese hat gestern stattgefunden.

Matthias Claudius sagt: „Greif nicht in ein Wespennest. Doch wenn du greift, so greife fest.“ Ich glaube, das ist an dieser Stelle ausgesprochen angezeigt: Wir müssen fest zugreifen. Wir brauchen eine Zulassungspflicht für alle gewerblichen Futtermittelhersteller; das hat sich jetzt gezeigt. Besonders Unternehmen, die Rohstoffe aus anderen Industriezweigen in die Futtermittelkette bringen, müssen klare Qualitätsstandards erfüllen. Was für jede Frittenbude, für jede Gaststätte gilt, muss auch für Futtermittelhersteller gelten, die existenziell mit unseren Lebensmitteln zu tun haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir müssen die Produktionslinien klar trennen. Die industrielle Produktion von Fetten hat nichts mit der Produktion von Lebensmitteln zu tun. Es ist doch keinem erklärbar, warum dies nebeneinander passiert. Wir rühren ja auch unseren Salat nicht mit Motoröl an. Insofern müssen diese Linien gesetzlich klar getrennt werden. Wer damit handelt oder dies herstellt, darf keine industrielle Produktion betreiben.

Wir brauchen darüber hinaus eine Positivliste – eine Positivliste, die aufzählt, was in Lebensmitteln und Futtermitteln verarbeitet werden kann. Es ist auch für mich erstaunlich gewesen, dass es eine solche Positivliste bislang nicht gab. Wir haben uns gestern auf ein solches Vorgehen verständigt.

Die Kosten für diesen Skandal tragen wieder einmal die Bauern. Deshalb brauchen wir eine Haftungsregel, die wirklich greift. Wir brauchen eine verbindliche Versicherungspflicht, damit die Futtermittelhersteller – auch aus Eigenvorsorge – und die Versicherungswirtschaft entsprechend eingebunden sind und damit nicht am Ende des Tages die Landwirte – wie in diesem Fall – auf den Kosten sitzen bleiben. Sie sind nämlich die Gekniffen, sie sind unverschuldet in den Sog dieses Skandals geraten. Deshalb muss zukünftig Vorsorge betrieben werden. Daher haben wir gestern eine entsprechende Haftpflichtversicherung beschlossen.

Dieser Skandal zeigt aber auch: Wir brauchen mehr und bessere Kontrollen. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, feste Größenordnungen von Analysen vorzuschreiben, die von den Unternehmen verpflichtend zu leisten sind. Eigenkontrollen sind das eine; diese müssen verbindlich und risikoorientiert sein. Das andere ist, dass es ein amtliches System geben muss, das dies streng überwacht. Auch darauf haben wir uns verständigt.

Wir brauchen eine Angleichung der Kontrollpraxis zwischen den Bundesländern und eine entsprechende Evaluierung dieser Systeme.

Wir brauchen eine umfassende und schnelle Information der Verbraucherinnen und Verbraucher. Hierzu muss das Verbraucherinformationsgesetz novelliert werden. Es muss möglich sein, schnell zu informieren, ohne vorher lange bürokratische Prozesse zu durchlaufen. Und es muss eine entsprechende Auskunftspflicht auch der Labore geben, die im privaten Auftrag Untersuchungen vornehmen. Es kann nicht sein – wie in diesem Fall geschehen –, dass ein belastendes Ergebnis ein Dreivierteljahr in irgendeiner Schublade schlummert und die Verbraucherinnen und Verbraucher darüber nicht unterrichtet werden.

Was wir auch brauchen, sind mehr Regionalität und mehr ökologischer Landbau. Dabei ist ökologischer Landbau nicht ökologischer Landbau an sich. Vielmehr brauchen wir eine Begründung der gesamten Landwirtschaft, wie sie auch der EU-Kommissar für Landwirtschaft vorschlägt. Das steht auf der Tagesordnung. Die Menschen fragen danach. Das ist die gegenwärtige gesellschaftliche Diskussion: Wie werden unsere Lebensmittel erzeugt: wie tierfreundlich, wie klimafreundlich, wie nachhaltig? Ich glaube, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher – jedenfalls zeigen das die Umfragen – auch bereit sind, eine solche andere Produktion von Lebensmitteln, eine solche andere Landwirtschaft mit ihrem Verbraucherverhalten zu unterstützen. In Nordrhein-Westfalen können wir die Anforderungen gerade dieses dynamischen Marktes, der sich entwickelt, nicht erfüllen.

Wir müssen feststellen, dass bei diesem Skandal letztlich über eine halbe Million Menschen direkt mit Lebensmitteln in Berührung gekommen sind, die auf belastete Fette dieser einen Firma zurückzuführen sind. Das stellt auch Fragen an das System: eine halbe Millionen Menschen direkt betroffen von einer Firma!

Das ist natürlich eine theoretische Betrachtung. Es gibt keine einfache Kausalität, nach der dieser Skandal unmittelbar die Notwendigkeit einer Systemdiskussion über die Frage bedeutet, wie Nahrungsmittel erzeugt werden. Aber es ist eine zusätzliche Begründung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, intensiv darüber nachzudenken. Auch das haben wir in einer bundesweiten Debatte ange-mahnt.

Es geht um eine weitere Unterstützung für die Betriebe, die sich verändern wollen, um eine Beratungsleistung, die wir zur Verfügung stellen wollen, um nachhaltiger, tierschutzfreundlicher und ökologischer zu produzieren. Das ist der politische Auftrag, der sich auch aus diesem Skandal ableitet. Es geht darum, den ländlichen Raum zu stärken, die Betriebe, die umstellen wollen, zu fördern.

Zudem wollen und müssen wir die Futtermittelüberwachung stärken. Dazu hat – das ist in der Tat ein Markenzeichen dieser Landesregierung – der Landtag bereits Beschlüsse gefasst, bevor es diese Krise gab. Wir sollten nicht müde werden, das immer wieder zu betonen. Wir haben die Schwachstellen bereits im Vorfeld erkannt und zusätzliche Stellen für die Futtermittelüberwachung schon im Nachtragshaushalt beschlossen. Wir können stolz darauf sein, das vor einer Krise getan zu haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir werden auch die Lieferströme stärker überwachen müssen. Wir müssen uns auch selbst fragen, warum uns dieser Fall nicht aufgefallen ist, obwohl wir die gesetzliche Zahl der Kontrollen auf Dioxin in Nordrhein-Westfalen auf 400 verdoppelt haben. Das werden wir nacharbeiten und dem Landtag entsprechend berichten.

Es geht also darum, die immerhin 2.200 gewerblichen Futtermittelunternehmer in Nordrhein-Westfalen gemeinsam auf einen neuen Weg zu führen. Wir haben die zweitgrößte Futtermittelproduktion in der Bundesrepublik. Es gilt, hier höchste Standards anzuwenden, so wie wir das gestern gemeinsam beschlossen haben.

Offen bleibt die Frage: Ist der Dioxinskandal ein Wendepunkt? Ich sage: Ja, wenn die Beschlüsse von gestern konsequent umgesetzt werden. Wir haben einen klaren Zeitplan verabredet. 2011 sollen die Initiativen auf den Weg gebracht werden. Ich bin der Meinung, wir sind es den Verbraucherinnen und Verbrauchern schuldig, dass sie ihren Lebensmitteln wieder trauen können, und das tagtäglich. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Schulze Föcking.

Christina Schulze Föcking (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Minister hat uns eben aus Sicht der Landesregierung den Vorgang über mit Dioxin verunreinigte Lebensmittel geschildert. Der Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger ist für uns als CDU-Landtagsfraktion das höchste Gut – ohne Wenn und Aber.

(Beifall von der CDU)

Ich denke, wir sind uns darin einig: Wer auch immer Lebensmittel, Futtermittel oder Vorprodukte verunreinigt und des Profites wegen mit unserer Gesundheit spielt, der muss die ganze Härte des Gesetzes spüren.

(Beifall von der CDU und von der LINKEN)

Ein Freikaufen darf es nicht geben. Berufsverbot und Haftstrafen müssen die Antwort in solchen Fällen sein. – Diese zentralen Aussagen möchte ich gleich zu Beginn meiner Rede machen.

Ich will aber auch eine unangenehme Aussage nicht verschweigen: Eine vollständige Lebensmittelsicherheit, so wünschenswert sie wäre, wird es nicht geben können. Man sollte also vorsichtig sein, einen solchen Eindruck zu erwecken. Denn vor kriminellem Handeln sind wir leider alle nicht gefeit. Gerade das aber sollte Ansporn für uns sein, einen GAU wie diesen in Zukunft zu vermeiden.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir dürfen niemals in unseren Bemühungen nachlassen, Sicherheitslecks zu stopfen, unsere Regelungen kritisch zu hinterfragen und gegebenenfalls auch nachzujustieren.

Landwirtschaft ist schon lange kein Politikfeld mehr, das sich ausschließlich in einem Bundesland regeln lässt. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass sich die Agrarminister aller Bundesländer an einen Tisch gesetzt und gemeinsam Lösungsansätze erarbeitet haben.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Landwirtschaftspolitik ist auch Verbraucherschutzpolitik. Das sind zwei Seiten derselben Medaille.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir beobachten in Nordrhein-Westfalen seit dem Regierungswechsel jedoch zunehmend, dass unsere NRW-Landwirtschaftspolitik in eine ganz bestimmte Richtung gelenkt werden soll. Die moderne Landwirtschaft aber lässt sich im Jahr 2011 ebenso wenig zurückdrehen wie andere Bereiche der Wirtschaft. Wir müssen nach vorne schauen. Der Agrarsektor ist heute ebenso globalisiert wie die meisten anderen Bereiche der Wirtschaft. Das zu verkennen heißt, die Wirklichkeit auszublenden.

In den letzten Tagen und Wochen haben Sie, Herr Minister Rimmel, nämlich sehr wohl immer wieder der – Zitat – agroindustriellen Landwirtschaft die Verantwortung für den aktuellen Vorfall gegeben. Tatsache ist aber, dass hier einige wenige durch ihr kriminelles Verhalten eine ganze Branche in Verruf bringen. Das schmerzt mich als Landwirtschaftspolitikerin, das schmerzt mich aber auch als Landwirtin. Höre ich Ihnen zu, Herr Minister, klingt es so, als sei ich als modern wirtschaftende Landwirtin mit schuld an dieser Krise und an vielen anderen. Die Landwir-

te sind aber nicht Täter, sondern Opfer dieser kriminellen Machenschaften.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die Landwirte sind die Betrogenen und nicht die Betrüger. Die Landwirte leben mit den Tieren und von den Tieren. Allein deshalb ist jeder Landwirt daran interessiert, dass es jedem einzelnen Tier gut geht. Welcher Landwirt würde mutwillig seine Tiere vergiften?

Aber Sie, Herr Minister, wollen konventionell wirtschaftende Landwirte gegen Biolandwirte ausspielen: hier die guten Ökos und dort die bösen Konventionellen. So geht das nicht!

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben überhaupt nichts gegen Biolandwirtschaft.

(Vereinzelt Widerspruch von der SPD)

Ganz im Gegenteil: Jeder Landwirt soll selber entscheiden, wie er wirtschaftet. Jeder Kunde soll selber entscheiden können, wo er wie einkauft. Der Versuch, eine Kluft zwischen die konventionellen und die Biolandwirte zu treiben, ist also vergebens.

Allerdings – das ist auch Teil der Wahrheit – sind Bioprodukte nicht sicherer als konventionelle Produkte. Ich erinnere an den Vorfall vom Mai letzten Jahres. Damals waren es ebenfalls Eier, in denen eine erhöhte Dioxinbelastung festgestellt wurde. Allerdings waren es Bioeier.

Gerade Dioxin eignet sich nicht, um eine Debatte über die konventionelle und die Biolandwirtschaft zu führen. Deshalb ist es nicht in Ordnung, wenn der Landwirtschaftsminister den aktuellen Dioxinskandal zum Anlass, quasi als Aufhänger nimmt, um laut in der Presse und im Fernsehen darüber nachzudenken – Zitat –, ob „wir uns eine solche agroindustrielle Landwirtschaft noch leisten können“.

Wir müssen uns – so der Minister in der „Westdeutschen Zeitung“ –

„von der industriellen Landwirtschaft ein Stück weit verabschieden und uns mehr der biologisch-nachhaltigen und regionalen Landwirtschaft zuwenden.“

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Herr Minister, ich habe mich in meinem Heimatkreis nach den betroffenen Betrieben erkundigt. Ein Betrieb mit 2.000 Babyferkeln ist betroffen, einer mit 1.800 Mastschweinen, der nächste mit 120 Mastschweinen, dann acht Sauen im geschlossenen System. Ein Mäster hat 100 Mastschweine, ein anderer hält 500 Sauen. Mein letztes Beispiel ist ein Mäster mit gerade einmal 30 Tieren. – Alle Betriebsgrößen sind dabei. Das ist ein Querschnitt von ganz NRW.

Sie, Herr Minister Remmel, sollten sich vor die Bauernfamilien stellen. Sie dürfen die Landwirte nicht im Stich lassen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Herr Remmel, Sie dürfen sich nicht auf Kosten der Landwirte profilieren. Bäuerliche mittelständische Existenzen dürfen nicht vernichtet werden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Unsere Familienbetriebe dürfen nicht in die Hände von Großkonzernen getrieben werden. Wir erwarten, dass Sie, Herr Remmel, dabei helfen. Aber genau das tun Sie nicht, wenn Sie den Dioxinskandal nutzen, um die nichtbiologische Landwirtschaft schlechtzureden.

Allein am vergangenen Freitag ist der Preis für Schweinefleisch um 23 Cent auf 1,12 € je Kilo gefallen. Das bedeutet, dass jeder Landwirt, der ein Schwein verkauft, zwischen 30 und 35 € verliert. Im Klartext: Die Landwirte legen bei diesen Preisen drauf.

Ich erwarte von einem Landwirtschaftsminister, dass er sich vor die Verbraucher und vor die Landwirte, die beide Opfer sind, stellt und nicht mit zusätzlicher Polemik parteipolitische Ziele verfolgt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir als CDU sehen die Landwirtschaft als Ganzes: bio und konventionell. Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass wir in der Vergangenheit leider zahlreiche Lebensmittelskandale gehabt haben. Ich glaube, wir alle in diesem Hohen Hause bedauern dies sehr.

Bei der Regierungsübernahme nach Rot-Grün im Jahr 2005 wurden wir mit zahlreichen Problemen der Lebensmittelsicherheit konfrontiert. Wenn ich jetzt lese und höre, wir hätten all die Jahre nichts getan, muss ich sagen: Das ist schlicht falsch und die Unwahrheit. Für die CDU-Fraktion weise ich dies mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall von Bernhard Recker [CDU])

So wurde bereits am 13. Dezember 2005 vom damaligen Landeskabinett zu diesem Thema ein 15-Punkte-Maßnahmenpaket verabschiedet. Dieses Paket wurde im Landtag vorgestellt und diskutiert. Offensichtlich mögen sich heute einige nicht mehr daran erinnern. Fortgeschrieben wurde das Programm übrigens 2008 mit einer Laufzeit bis 2012. Was nach Juli letzten Jahres geschehen ist, können wir leider nicht nachvollziehen; das entzieht sich unserer Kenntnis.

NRW hat seinerzeit als erstes Bundesland eine risikoorientierte Überwachung von Kühlhäusern eingeführt. Von vielen Bundesländern wurde dies damals übernommen.

Darüber hinaus wurden zum 1. Januar 2007 die Verbraucherschutzaktivitäten des Landes im neuen

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz als Kompetenzzentrum gebündelt.

Auch die von Ihnen, Herr Remmel, Anfang dieses Jahres für ihre Arbeit gelobten Chemischen und Veterinäruntersuchungsämter Ostwestfalen-Lippe, Rhein-Ruhr-Wupper und Münsterland-Emscher-Lippe als Anstalten öffentlichen Rechts wurden von der CDU-geführten Landesregierung geschaffen.

(Beifall von der CDU)

Auf diese Erfolge bauen Sie auf, Herr Remmel. Nicht umsonst haben Sie an der Konstituierung des Verwaltungsrates des neuen integrierten Chemischen und Veterinäruntersuchungsamtes Rheinland am 5. Januar teilgenommen. Das Lob, das Sie für die Arbeit der Ämter ausgesprochen haben, das nehmen wir gerne an.

(Karl Schultheis [SPD]: Arbeiten Sie da?)

Wir haben die Kommunikation zwischen den Lebensmittelsicherheitsbehörden durch ein eigenes Informationssystem entschieden verbessert und durch Personal die Kontrolldichte erhöht.

Wir von der CDU waren es, die eine Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die neue Berufsausbildung der amtlichen Kontrollassistenten erarbeitet und umgesetzt haben.

Bundesweit einmalig waren unser Pestizid- und unser Gentechnikreport. Amtliche Ergebnisse können online im Internet mit Namen des Händlers und Verkäufers nachgelesen werden.

An einem Futtermittelreport wurde gearbeitet. Durch den Regierungswechsel konnte dieser von uns jedoch nicht mehr umgesetzt werden.

Noch 2008 hat NRW beim Verbraucherschutz eine Topbewertung in der Rubrik „Innovation“ beim Bundesverband der Verbraucherzentralen erhalten.

Das sind nur einige Maßnahmen, die wir 2005 bis 2010 umgesetzt haben. Ich fände es in Ordnung, Herr Remmel, wenn Sie dies einmal anerkennen würden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir alle hier sind in der Verantwortung für die Menschen im Land: für Verbraucher und Landwirte. Ich wünsche mir daher, dass wir weniger übereinander denn miteinander sprechen. Wie stellen wir das Problem ab? Wie können wir zukünftige Fälle verhindern?

Die Punkte 1 bis 6 des Punkteplans sind gut. Mir persönlich ist egal, ob der Bund oder das Land die Initiative ergriffen hat. Aber Ihr Punkt 8, der Ausbau des Ökolandbaus, ist gerade im Fall von Dioxin keine Lösung. Gerade im Biobereich ist die Belastung mit Dioxin aufgrund der Haltungsbedingungen und der bekannten Hintergrundbelastungen höher. Sie, Herr Remmel, wissen dies ganz genau. Ich würde

mich im Interesse der Sache freuen, wenn wir uns alle in diesem Raum auf ein Vorgehen ohne Parteipolemik einigen könnten.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Rüdiger Sagemel [LINKE]: Dann hören Sie mal mit Ihrer Lobbyismuspolitik auf!)

Das würde sowohl den Verbrauchern als auch den Landwirten guttun. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Schulze Föcking. Das war Ihre erste Rede im Landtag. – Ich gebe das Wort nun dem Abgeordneten Stinka von der SPD-Fraktion.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schulze Föcking, es war ganz interessant, wie Sie die Rede begonnen haben. Sie reden von „Dialog“ und verfallen gleichzeitig in eine Landwirtschaftspolitik der 60-er Jahre, indem Sie genau das gegeneinander fahren, was Sie vorher nicht tun wollten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Und wenn Sie sich Ihre Rede noch einmal anschauen, sehen Sie, dass Sie den kurz angerissenen Schwerpunkt, vor dem sich die CDU-Fraktion aber drückt – es ist auch ganz interessant, dass Sie nur von der CDU reden; das ist eine langsame Absatzbewegung, denn es gab mal eine abgewählte CDU/FDP-Regierung –,

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

nämlich die Preise für die Ferkel, kurz ansprechen, aber dann ganz schnell auf andere Dinge eingehen.

Kolleginnen und Kollegen, deswegen möchte ich ohne Umschweife gleich auf einen Kern des Problems kommen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, bei Landwirtschaft sollten Sie ganz still sein, das wird ganz schwierig.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Frau Schulze Föcking, ich habe hier ein Prospekt mitgebracht, das auch Sie sicherlich kennen, von einem beliebigen deutschen Discounter. Und was finde ich darin? – Angebote wie die, die Sie gerade beschrieben haben, nämlich Schweinerippe am Stück, gepökelt oder geräuchert, 13 % billiger und jetzt für 3,79 € das Kilo. Oder eine Hähnchenplatte, 17 % billiger, für 3,29 €. – Anstatt dass man hier Appetit bekommt, wird einem eher schummerig, weil man überlegen muss, wie diese Preise eigentlich zustande kommen.

(Zuruf von der FDP)

Wenn ich mir die Gewinne anschau, die ein Discounter haben muss, ebenso wie die Gewinne für den Transport, die Kosten für Verpackung, Verarbeitung und für Werbung – was bleibt dann für den Landwirt übrig, den Sie richtigerweise angesprochen haben? – Schon die erwähnte Fleischbörse zeigt, wie deutlich sich dieser Verfall in unserem Land darstellt.

Dies, Kolleginnen und Kollegen, ist erst einmal gar nichts, was man hier pauschal irgendjemandem zur Last legen kann. Wir machen es uns auch manchmal ein bisschen einfach – ich schließe mich selbst dabei ein –, Schuldige sofort zu suchen und auch zu finden. Und natürlich, Frau Schulze Föcking, sucht man die Schuldigen immer in den Reihen der anderen Fraktionen.

Das funktioniert aber bei diesem Dioxin-Skandal im Bereich des Futtermittels nicht; denn das Problem geht viel tiefer. Wir müssen uns doch auch einmal fragen, Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer: Wie viel ist uns eigentlich Ernährung wert? Wie viel geben wir eigentlich dafür aus? Da ist Deutschland leider, trotz vieler Kochsendungen, traurigerweise an der Spitze der Mangelausgaben. Wie viel ist uns die Arbeit auf den Bauernhöfen eigentlich wert? Und wie viel sind uns die Geschöpfe eigentlich wert? Herr Laumann hat ja in einer beeindruckenden Rede vor einigen Wochen beim Landwirtschaftsverband gesagt, dass auch er häufig Bedenken habe, wenn es beispielsweise um Putenmast gehe. – Das sind die Fragen, Frau Schulze Föcking, die Sie ansprechen sollten, anstatt hier einen gegen den anderen auszuspielen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich habe mich vor ein paar Tagen – das tun auch Sozialdemokraten – mit Futtermittelherstellern und Landwirten unterhalten, die auch kontrolliert werden. Die Kontrolleure haben mir gesagt: Wir haben gute Systeme. Wir haben Qualitätsmanagementsysteme, die auch verbessert wurden. Wir kontrollieren ständig und eigentlich gibt es eine ganze Menge Regeln.

Aber alle Beteiligten in dieser „Lebensmittelkette“ – die Zulieferer, die Hersteller, die Erzeuger und die Landwirte – sehen sich einem gnadenlosen und brutalen Preiskampf und Wettbewerb ausgesetzt. Da geht es nicht mehr um ein paar Euro, sondern es wird in Bruchteilen von Cent gerechnet. Und Bruchteile von Cent entscheiden darüber, ob Unternehmen Pleite machen oder weiter am Markt bestehen bleiben. Dass hier jemand auf die Idee kommt, Fettpreise bei Futtermitteln zu halbieren und Schmu zu treiben, wundert diejenigen, die ich angesprochen habe, häufig nicht, weil es immer wieder Lücken im Kontrollnetz gibt.

Es ist übrigens geradezu absurd, dass das System der Kontrolle so aufgebaut ist, dass die Hersteller von Futtermitteln ihre Proben, die sie selbst heraus-

ziehen, dann zur Kontrolle geben dürfen. Da verwundert es nicht, dass Futtermittelhersteller wie die, die diesen Skandal ausgelöst haben, häufig über ganz lange Zeit hin einwandfreie Proben abliefern. Deswegen begrüßen wir den Tagesordnungspunkt 5, der gestern von den Ministern für Verbraucherschutz verabschiedet wurde, dass man bei diesen Kontrollen andere rechtliche Regelungen findet.

Bevor wir uns hier also damit beschäftigen, wie man auf die aktuellen Vorkommnisse reagiert, sollte man noch einmal darüber nachdenken, wo das Grundproblem ist. Wir müssen vom „Dumping-Essen“ weg kommen. Ich denke, da werden wir viel Zustimmung haben. Es wird auch Unterschiede in der politischen Auseinandersetzung geben. Aber wir müssen darüber sprechen, was uns diese Landwirtschaft wert ist, was uns gute Ernährung wert ist und wie Tiere gehalten werden sollen. Diesen Fragen müssen wir uns deutlich stellen und dürfen ihnen nicht ausweichen, Frau Schulze Föcking.

Angesichts dessen, was viele Landwirte heute noch für ihre Arbeit bekommen, und angesichts des enormen Zeitdrucks, unter dem sie in ihren Unternehmen stehen, müssen wir doch überlegen, ob der Slogan „Wachsen oder weichen“, den die Landwirtschaft wie ein Mantra vor sich her trägt, auf Dauer auf dem Rücken der Familien, der Tiere und des Bodens so weitergeführt werden kann. Nach unserer Einschätzung kann das nicht sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der jüngste Futtermittelskandal hat auch noch einmal deutlich gemacht, dass wir den Schutz der Verbraucher ernster nehmen müssen: Wie können wir in solchen Situationen auf die Verbraucher eingehen, damit kein so starker Vertrauensverlust einsetzt? Die Verbraucherschutzministerin hatte sich in diesem Futtermittelskandal tagelang weggeduckt, wusste nicht genau Bescheid und hat dann enorm an Fahrt aufgenommen, als wir in Nordrhein-Westfalen unseren Zehn-Punkte-Plan ganz deutlich nach vorne gebracht haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie hat noch versucht, sich mit Rücktrittsforderungen gegen andere Landesregierungen zu retten. Das hilft meist nicht weiter und soll von der manchmal auch mangelnden Kompetenz ablenken.

Mehr Transparenz und mehr Informationen darüber, wer zu welchem Zeitpunkt welche belastenden Erzeugnisse verkauft hat und wie diese zu erkennen sind, das ist wichtig für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das führt dazu, dass Verunsicherung nicht eintritt. Die Verunsicherung führt nämlich zu Absatzproblemen und dazu, dass unschuldige Landwirte, die über Jahrzehnte ihren Hof ordentlich führen, dann ihre Produkte entsorgen müssen, weil sie keine Absatzmärkte mehr finden.

Deswegen ist es nötig, das Verbraucherschutzgesetz, das ein wirkungsvolles Instrument darstellt, zu verbessern. Wir haben gerade Minister Remmel dazu gehört, und auch gestern war das ein deutlicher Einwurf in der Verbraucherschutzministerkonferenz.

Wichtig für uns ist, dass Frau Aigner jetzt standhält und nicht dem Druck der Lobby nachgibt, die noch einmal verdeutlicht, wie schlimm solche Regulierungen seien. Sie ist Verbraucherschutzministerin und nicht dazu da, nur die Interessen einiger weniger Verbände zu administrieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Für uns ist es nämlich wichtig, dass diese Verbraucherschutzinteressen wahrgenommen werden – auch aus wirtschaftlichen Gründen. Wir betonen alle, wie wichtig Ernährung und Landwirtschaft sind. Dabei handelt es sich auch um wichtige Wirtschaftszweige. Sie haben einen Anspruch darauf, dass sie im Vertrauen arbeiten können und dass wirtschaftliche Schäden vermieden werden, wenn solche Skandale auftreten. Gerade der Standort Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch hohe Beschäftigungsraten und viele Landwirte aus, die sich berechtigterweise auch darüber Gedanken machen müssen, wie sie ihren Kindern eine Zukunft organisieren.

Vor diesem Hintergrund erfolgt auch der Vorschlag unseres Ministeriums aus Nordrhein-Westfalen, einen Dialog aufzunehmen. Frau Schulze Föcking, Sie haben hier ebenfalls von Dialog gesprochen. Wir müssen den Dialog zwischen Landwirtschaft und Bevölkerung, also Verbraucherinnen und Verbrauchern, offen und transparent führen. Dann ist mir um die Zukunft der Landwirte nicht bange.

In diesem Fall lernen wir auch alle dazu. Ich bin froh, dass wir – leider bei diesem negativen Punkt – diese Diskussion hier führen; denn sie dient letztendlich dazu, den Menschen deutlich zu machen, dass gerade die Lebensmittelherstellung in der Landwirtschaft ein ganz anderer Zweig ist als beispielsweise die Produktion von Bohrmaschinen.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich auf die Debatte. Ich freue mich auf die ersten Einlassungen und sicherlich spannende Diskussionen im Umweltausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Stinka. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Rüße das Wort.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In den letzten drei Wochen haben wir einmal mehr einen Lebensmittelskandal in Deutschland er-

lebt, dessen gesamtes Ausmaß vielleicht noch gar nicht ganz abzusehen ist. Scheibchenweise kommt die Wahrheit ans Tageslicht. Zunächst schien es ja nur ein kleiner Skandal zu sein, eine Art Betriebsunfall. Aus Versehen, so hieß es am Anfang, seien technische Fette eingemischt worden; ein einmaliger Vorgang. Nach und nach zeigte sich dann aber die gesamte Dimension des Skandals. Eben nicht aus Versehen, sondern ganz systematisch wurden hier Futtermittel gepantscht, und zwar aus reiner Profitgier.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dass das im Jahr 2010 über einen so langen Zeitraum noch möglich ist, erstaunt. Nach den zahlreichen Futtermittelskandalen in der Vergangenheit hätten wir eigentlich erwartet, dass die Futtermittelindustrie so stark kontrolliert und reglementiert wird, dass das nicht mehr geht. Spätestens seit dem BSE-Skandal wissen wir doch alle, wie anfällig die Futtermittelindustrie ist.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher hätten einen Anspruch darauf gehabt, dass ein hochgiftiger Stoff wie Dioxin durch ein effektives Kontrollsystem nicht mehr in der Nahrungsmittelkette auftaucht.

Weil eben die Rede davon war, dass die Bauern Opfer sind: Selbstverständlich hätten auch die Kunden dieser Futtermittelindustrie ein Anrecht auf einwandfreie Ware gehabt. Die Bauern, die selbst über das QS-System zertifiziert werden und dafür auch gutes Geld bezahlen, fühlen sich jetzt von diesem System bitter getäuscht. Sie fragen sich, welchen Wert die gesamte QS-Zertifizierung eigentlich hat, wenn über einen so langen Zeitraum an den QS-Kontrollen vorbei Futtermittel mit Abfällen vermengt und hochgiftige Stoffe hineingepantscht werden.

Blicken wir einmal zurück: QS war die Antwort der Agroindustrie und des Bauernverbandes auf die BSE-Krise.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, es liegt eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ortgies vor. Möchten Sie sie zulassen?

Norwich Rüße (GRÜNE): Selbstverständlich.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Ortgies.

Friedhelm Ortgies (CDU): Danke schön, dass ich die Frage stellen darf, Herr Rüße. – Sie haben eben, genau wie Herr Minister Remmel, ausgeführt, dass die Landwirte letztlich neben den Verbrauchern die Zeche zahlen. Mein Kreis, der Mühlenkreis Minden-Lübbecke, ist mit vielen Betrieben sehr stark betrof-

fen; Sie wissen das. Dort hat Ihre Partei, nämlich die Kreistagsfraktion der Grünen, ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie bitte eine Frage stellen?

Friedhelm Ortgies (CDU): Ja, das mache ich jetzt.

... in der letzten Woche gefordert, dass die Namen der betroffenen Landwirte offengelegt werden. Halten Sie dieses Vorgehen Ihrer eigenen Partei für richtig?

Norwich Rüße (GRÜNE): Das ist eine gute Frage.

(Heiterkeit von der FDP)

Wenn man das Ganze als System betrachtet, müsste man sich in der Tat überlegen, ob bei integrierten Produktionsketten von den Futtermittelherstellern bis hinunter zum Bauern, wie sie gerade auch von Ihnen als CDU befürwortet werden, solche Veröffentlichungen vorzunehmen sind. Vielleicht ist das eine gute Anregung, die Sie jetzt hier noch einmal hineingeben. Darüber könnte man nachdenken. – Ich hoffe, dass Ihre Frage damit hinreichend beantwortet ist.

QS – da bin ich stehen geblieben – war die Antwort des Bauernverbandes und der Futtermittelindustrie auf die BSE-Krise. QS heißt eigentlich „Qualität und Sicherheit“. Meiner Meinung nach steht dieser Name nur noch für „Scheitern der Eigenkontrolle“. QS hat nicht verhindert, dass über Monate hinweg – wir wissen nicht einmal, ob das nicht schon über Jahre hinweg passiert ist – der „Fettmischer“ Harles und Jentzsch mit Dioxin belastete Fettsäuren verarbeitet hat. Der Wert des QS-Systems tendiert deshalb aus meiner Sicht gegen null. Der Vertrauensvorschuss, den wir diesem System damals nach BSE gegeben haben, ist vollkommen verbraucht.

Eines hat dieser Skandal jetzt ganz klar gezeigt: An den entscheidenden Schnittstellen der Nahrungsmittelproduktion – das sind gerade auch die Mischfutterwerke – können nur staatliche Kontrollen die notwendige Objektivität und Transparenz gewährleisten; denn der Staat muss im Gegensatz zum privaten Kontrollunternehmen keine Rücksicht auf wirtschaftliche Interessen oder vielleicht sogar Freundschaften nehmen.

Wie staatliches Handeln in einer solchen Krise, wie wir sie jetzt gerade erlebt haben, aussehen muss, hat Nordrhein-Westfalen in diesen Tagen gezeigt. Während die Umweltminister in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die eigentlich die Hauptbetroffenen waren, noch darüber nachdachten, ob die Krise denn wirklich eine Krise sei und wer denn wohl wofür zuständig wäre, hat unser Umweltminister in NRW umgehend gehandelt.

Die entscheidenden Vorschläge, wie solche Krisen zukünftig vermieden werden können, wurden ebenfalls unverzüglich vom NRW-Umweltministerium auf den Tisch gelegt. Andere wollten zu diesem Zeitpunkt noch die Böcke zu Gärtnern machen und erst einmal die Futtermittelindustrie um Vorschläge bitten, wie denn so etwas zukünftig zu verhindern sei. Gut, dass dieser Weg durch das schnelle Handeln aus NRW sofort obsolet geworden ist!

(Beifall von den GRÜNEN)

Die gestern zwischen den Ländern und dem Bund getroffenen Vereinbarungen, die letztendlich auf dem Zehn-Punkte-Plan aus NRW basieren, können jetzt ein erster Schritt sein, die Sicherheit in der Futtermittelproduktion zu verbessern. Sie können das aber auch nur dann sein, wenn die vereinbarten Schritte jetzt konsequent umgesetzt werden. Denn an der Umsetzung hapert es nach solchen Krisen gelegentlich. Erinnern möchte ich nur an das Einfärben der K3-Schlachtabfälle, was bis heute nicht passiert.

Dieser Dioxinskandal ist aber weit mehr als nur ein Futtermittelskandal. Er ist der Skandal einer Landwirtschaft, die immer mehr zu einem agroindustriellen System verkommt, in dem es nur noch um Kostenoptimierung und Gewinnmaximierung geht; der niedrigste Preis macht immer das Rennen. Es ist der Skandal einer Landwirtschaft, die in den letzten Jahren politisch gewollt massiv in Richtung einer exportorientierten Massentierhaltung gedrängt worden ist. Am Weltmarkt – das weiß jeder von uns – gewinnt der, der zum niedrigsten Preis verkaufen kann. Dafür braucht man Tierfabriken und billigste Futtermittel – billigste Futtermittel, für die Firmen wie Harles und Jentzsch die zweifelhaften Grundstoffe liefern.

Mit einer Futtermittelindustrie, die solche Grundstoffe einmischt, kann der einzelne Bauer nicht mithalten. Er ist im Prinzip sogar gezwungen, diese Futtermittel ebenfalls einzusetzen, auch wenn er vielleicht selbst lieber nur Getreide, Soja und Rapskuchen in seiner Reinform einsetzen und an seine Tiere verfüttern möchte. Die Betrogenen sind gerade diejenigen Bauern, die sich bislang noch nicht ins agroindustrielle System haben einbinden lassen und die die Kontrolle über ihren Hof, ihre Tiere und ihre Futtermittel behalten haben und auch zukünftig behalten wollen.

Betrogen wird aber auch die gesamte Gesellschaft. Denn für die vorhandenen Nachteile – wir sehen sie hier wieder explizit – der industriellen Landwirtschaft kommen immer andere auf. Der Staat und damit wir alle als Steuerzahler sind dann zuständig. Der Verlust der Artenvielfalt durch Monokultur, die ökologischen Schäden in den Sojaanbaugebieten, die Verschmutzung des Grundwassers durch Überdüngung aus Massentierhaltung – all diese Nebenkosten der industriellen Landwirtschaft gehen immer auf Kosten anderer.

Meine Damen und Herren, dieses agroindustrielle System, das uns mal wieder einen Lebensmittelskandal eingebrockt hat, hat langfristig keine Zukunft. Die Menschen in unserem Land lehnen eine solche Form der Landwirtschaft mehr und mehr ab. Der Vegetarismus boomt. Millionen Deutsche verzichten mittlerweile komplett auf Fleisch, vor allem weil sie nicht wollen, dass Tiere so gehalten werden, wie wir es im Moment in diesem Land millionenfach tun. Das ist die Reaktion der Bevölkerung auf die agroindustrielle Tierhaltung.

Eine weitere Reaktion zeigt sich in betroffenen Dörfern im ländlichen Raum, in dem sich mehr und mehr Widerstand gegen überdimensionierte Stallneubauten zeigt. Denn diese überdimensionierten Stallneubauten sind die andere Seite der Medaille Agroindustrie. Ich will nur ein Beispiel herausgreifen – es stand heute in der Zeitung –: Aktuell will ein Bauer in Vreden im Kreis Borken eine große Schweinemastanlage mit zwei Ställen bauen, in die jeweils 5.000 Schweine eingepfercht werden sollen. Dagegen gibt es Widerstand. Eine solche Landwirtschaft ist eben auch nur auf der Basis solcher Futtermittelindustrien, wie wir sie haben, möglich – mit all den Risiken, die darin liegen.

Ein solches agroindustrielles System, das von den Menschen nicht mehr gewollt wird und immer wieder Lebensmittelskandale hervorruft, kann nicht die Zukunft sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Landwirtschaft muss wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Reparaturen, wie sie jetzt notwendigerweise passieren, reichen nicht aus. Denn eine Produktion gegen die Natur und am Rande des Legalen und manchmal, wie hier geschehen, auch darüber hinaus kommt weder den Bäuerinnen und Bauern noch der Umwelt noch den Tieren, geschweige denn den Verbraucherinnen und Verbrauchern zugute.

Genau deshalb fordern wir in unserem Entschließungsantrag neben einem deutlich gestärkten Verbraucherinformationsgesetz insbesondere auch eine consequent neu ausgerichtete europäische Agrarpolitik, die sich an ökologischen Standards und an Klasse statt Masse orientiert. Die derzeit boomende und politisch gewollte agroindustrielle Landwirtschaft hat mit der jetzigen Dioxinkrise einmal mehr gezeigt, welche Nebenwirkungen und Risiken eine solche Billigfleischproduktion hat.

Unser Gegenentwurf ist die bäuerliche Landwirtschaft. Sie ist der beste Garant dafür, dass nicht gegen die Natur, sondern mit ihr gewirtschaftet wird, und dass ein solcher Skandal, wie wir ihn heute wieder einmal diskutieren müssen, nicht vorkommt. In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung unseres Entschließungsantrags. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rüße. Auch für Sie war es, soweit ich informiert bin, die erste Rede.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein!)

– Nein. Entschuldigung. Vielen Dank für Ihren Beitrag. – Ich erteile Herrn Abgeordneten Abruszat für die FDP-Fraktion das Wort.

Kai Abruszat (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vieles ist von Minister Remmel und der Landesregierung zum Krisenmanagement gesagt worden. Ich finde, auch das gehört zur Wahrheit und Klarheit: Wenn etwas gut gelaufen ist, muss man das auch sagen dürfen. Sie haben ein gut bestelltes Haus übernommen und in dieser Krise, die immer eine Stunde der Exekutive ist, mit einer gut funktionierenden Verwaltung gehandelt und vieles richtig gemacht.

Mit aller Entschiedenheit und Härte ist natürlich – das ist schon angeklungen – die enorme kriminelle Energie der Verursacher dieses jüngsten Skandals zu verurteilen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, was wir feststellen, ist die enorme Verunsicherung bei den Verbrauchern. Die Landwirte sind einmal mehr Opfer eines skrupellosen Futtermittelpanschers, und sie geraten unter enormen Rechtfertigungsdruck und enormen ökonomischen Druck. Die gesamte Branche der Futtermittelhersteller gerät ins Zwielficht und wird von interessierten Kreisen kriminalisiert. Das darf nicht sein.

Ich will deutlich machen: Die FDP-Fraktion steht an der Seite der Verbraucher und der betrogenen Landwirte und auch der ehrbaren Kaufleute in der Futtermittelindustrie. Wir wollen kriminelle Energie von denen, die ehrbar handeln, trennen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Windige und skrupellose Kriminelle wollen wir mit aller Härte des Gesetzes durch die Justiz bestraft sehen. Die Umweltverwaltung hat die FDP an ihrer Seite, wenn es darum geht, solche Machenschaften zu verhindern. Aber Fakt ist auch: Alleine durch staatliche Kontrollen sind die Taten, wie wir sie in diesem Tagen erlebt haben – industrielle Schmierfette werden in Futtermittel gepanscht, und zwar in Betriebsstätten, die gar nicht als Futtermittelbetrieb angemeldet sind –, nicht in den Griff zu bekommen. Ein Betriebsort, der gar nicht offiziell existiert, kann auch von der besten Kontrollbehörde nicht kontrolliert werden. Wer den Menschen deshalb erzählt und suggeriert, ein Mehr an staatlicher Kontrolle allein könne solche Skandale verhindern, der suggeriert eine trügerische Sicherheit, die es nicht gibt. Auch das gehört zur Wahrheit in diesem Skandal.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Meine Damen und Herren, bei einigen Punkten aus dem Zehn-Punkte-Plan des Ministeriums gibt es breiten politischen Konsens. Die Menschen interessiert nicht: Wer hat welche Idee zuerst gehabt? Die Menschen interessiert auch nicht das Kompetenzgerangel, das wir zwischen Bund und Ländern erleben. Das ist das Letzte, das wir jetzt brauchen.

Allerdings, Her Minister Remmel, müssen sich der Zehn-Punkte-Plan und das, was jetzt auf der Agenda steht, nicht nur daran messen lassen, wie sinnvoll der Inhalt ist, sondern auch daran, ob sich die Vorschläge praktisch umsetzen lassen. Das wird die Landesregierung in den kommenden Monaten unter Beweis zu stellen haben; denn es gehört auch zum politischen Prozess, Mehrheiten für seine politischen Überzeugungen zu finden. Es wird nicht einfach sein, diesen hohen Ansprüchen und hehren Zielen immer gerecht zu werden.

Mich hat beispielsweise nachdenklich gestimmt, dass bei dem vorgelegten Aktionsplan der SPDgeführten Länder Ihre Sicht der reinen Biolandwirtschaft mit dem sozialromantischen Bild, das da immer gezeichnet wird, nicht zu finden war. Auch beim Treffen der Minister standen Sie an der Stelle, wie ich fand, ziemlich alleine da. Ich komme gleich noch darauf zu sprechen, warum die Ökolandwirtschaft eben nicht die schlüssige Antwort auf die Dioxinfrage ist.

Das Thema „Trennung von Produktströmen“, die Positivliste, die Haftungsfrage – all das sind Dinge, auf die man sich sehr schnell einigen kann. Gerade beim Thema der Versicherungspflicht tun wir gut daran, zügig zu handeln. Denn warum es in einer Branche, in der einzelne Betriebe eine unmittelbare Verantwortung für Tausende Landwirte und noch mehr Verbraucher haben, keine Versicherungspflicht gibt, ist nicht nachvollziehbar.

Meine Damen und Herren, ich komme aus dem Kreis Minden-Lübbecke, dem Kreis, der in Nordrhein-Westfalen mit Abstand am meisten betroffen war. Deswegen finde ich es sehr wichtig, das Gespräch, den Dialog mit den Betroffenen vor Ort zu suchen.

Ich sage Ihnen, Herr Minister Remmel: Sie werden es schwer haben, den Eindruck, der entstanden ist, in den nächsten Monaten zu korrigieren und Vertrauen bei den Landwirten zurückzugewinnen. Denn es geht nicht, dass Sie diesen Skandal jetzt politisch zu instrumentalisieren suchen, um Ihre Ziele zu erreichen. Dagegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden wir uns wehren. Wenn versucht wird, die gesamte traditionelle Landwirtschaft zu diskreditieren, Fortschritte bei modernen Produktionsmethoden infrage zu stellen, die bäuerliche Selbstverwaltung der Landwirte anzugreifen und nur das sozialromantische Bild einer reinen Ökolandwirtschaft wie eine Monstranz vor sich

herzutragen, das ist nicht die Zukunft der Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Howe?

Kai Abruszat (FDP): Gerne.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Inge Howe (SPD): Vielen Dank. – Herr Kollege Abruszat, ist Ihnen bekannt, dass gerade Herr Minister Rimmel sehr daran gelegen war, den Landwirten im Kreis Minden-Lübbecke zu helfen, und er selbst am Samstag eine Freigabe der gesperrten Höfe veranlasst hat?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bitte schön.

Kai Abruszat (FDP): Das ist mir bekannt. Aber der Eindruck, Frau Kollegin Howe, der in der Landwirtschaft vor Ort herrscht, ist ein anderer. Das wird auch dadurch geschürt, Frau Howe – Herr Ortgies hat es mit seiner Zwischenfrage angedeutet –, dass die Grünen beispielsweise aus scheinbaren Transparenzgründen meinen, man müsse die Namen von möglicherweise betroffenen Landwirten auch noch veröffentlichen. Das ist keine vertrauensbildende Maßnahme im Rahmen eines Dialogprozesses. Es versteht sich von selbst, dass sich die Landwirte an der Stelle eher Sorgen machen, wie man mit ihnen umgeht.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Im Übrigen, meine Damen und Herren: Wie wollen wir in Zukunft den gesamten Bedarf von 80 Millionen Menschen decken? Sie wissen doch, Herr Rimmel, dass Biolandwirtschaft einen erheblich höheren Flächenverbrauch hat.

(Zuruf: Weniger Fleisch essen!)

Sie wissen auch, dass der nächste Skandal jederzeit in der Ökobranche auftreten kann. Meistens geraten solche Skandale nach wenigen Wochen in Vergessenheit. Frau Kollegin Schulze Föcking hat schon darauf hingewiesen, dass die Biobranche auch betroffen gewesen ist. Ich habe keine Presseerklärung des damaligen agrar- und verbraucher-schutzpolitischen Sprechers der Grünen zu diesem Thema im Frühjahr 2010 gefunden. Das ist bemerkenswert, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Da war kein grüner Robin Hood zu hören, der gesagt hat, hier müsse man ganz genau hinschauen. Deswegen ärgert es mich, wenn ein gesamter traditioneller Berufsstand, bei dem es um Familienbetriebe, um bäuerliche Selbstverwaltung geht, so behandelt wird. Das geht nicht.

Im Übrigen, meine Damen und Herren: Der Verbraucher, von dem heute schon viel die Rede war, soll und muss eine Wahl haben. Wir müssen über die Auswahl und Vielfalt von Produkten sprechen. Deswegen darf man traditionelle und ökologische Landwirtschaft – beide haben ihre Existenzberechtigung – nicht gegeneinander ausspielen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich möchte auch noch einmal daran erinnern: Woher kam denn das belastete Biofutter bei dem Skandal, der im Jahr 2010 stattgefunden hat? Es war Mais aus der Ukraine. Dieser ist in den Niederlanden verarbeitet worden. Ich frage mich, was das mit regionaler Wertschöpfung und Regionalität von Produkten zu tun hat. Was da noch biologisch sein soll, kann ich, ehrlich gesagt, nicht verstehen.

Gleichzeitig werden in Deutschland durch entsprechende grüne Steuerungsinstrumente Unmengen von Mais für Biogasanlagen angebaut. An der Stelle erleben wir Maismonokulturen im ganzen Land. Auch das sind Fragen, die an dieser Stelle angesprochen werden müssen.

Meine Damen und Herren, wenn man das Übel an der Wurzel packen will, so ist es aus unserer Sicht wichtig, dass sich der Verbraucher seiner Marktmacht bewusst wird. Der Verbraucher entscheidet durch sein Marktverhalten über die Frage des Angebots.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)

Deswegen müssen wir in der Bevölkerung von klein auf ein Gefühl für die Kosten und für die Werthaltigkeit von Produkten verankern, und Kinder und Jugendliche müssen mehr dazu in die Lage versetzt werden, zu wissen, wie Lebensmittel insgesamt angebaut und zubereitet werden, damit sie sich bewusster entscheiden können. Ich glaube, dass wir hier in den Kindertageseinrichtungen, in den Schulen und mit den Verbraucherverbänden und anderen Gruppen noch vieles auf den Weg bringen können.

Meiner Meinung nach gehören Ernährung, Gesundheit und Verbraucherschutz zusammen.

Und das Ganze muss, Herr Minister Rimmel, wissenschaftlich begleitet werden.

Deswegen fordern wir Freie Demokraten einen Lehrstuhl für Verbraucherschutz und eine Vernetzung der bestehenden Strukturen. Denn wir brauchen ein stabiles Fundament, in dem die verschiedenen Disziplinen der Verbraucherschutzforschung

systematisch zusammengefasst und um ökonomische Entwicklungsperspektiven ergänzt werden.

Ich bin gespannt, wie sich dieses Hohe Haus dazu verhält, weil ich weiß, dass die Sozialdemokraten dieses in der letzten Wahlperiode auch schon einmal angedacht haben. Wir werden dann ja sehen, wie ernst es der Landesregierung mit Verbraucherschutz tatsächlich ist oder ob es nur um Aktionismus und Medienpräsenz und darum geht, eigene politische Erfolge in den Vordergrund zu stellen. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Abruszat. – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Akbayir das Wort.

Hamide Akbayir (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine verehrten Damen und Herren! Wir begrüßen, dass das Bundesagrarministerium gestern eine Verständigung mit allen Verbraucher- und Agrarministern der Länder erzielt hat.

Täglich erfahren wir etwas über den Dioxin-Skandal, aber die Verbraucherinnen und Verbraucher haben immer noch keinen genauen Überblick über dioxinbelastete Lebensmittel. Bis heute besteht keine Klarheit über die insgesamt in den Verkauf gelangten Produkte. Tag für Tag werden neue Absurditäten des Dioxin-Skandals bekannt.

Die katastrophalen Zustände, meine Damen und Herren, erinnern an die Zeiten der BSE-Krise und zeigen, dass das System der Futtermittelproduktion in seinen Grundfesten erschüttert ist. Vor Kurzem ist Dioxin auch in Schweinefleisch gemessen worden. Morgen finden wir vielleicht Dioxin in Rindfleisch. Wie soll das weitergehen? Die Verbraucherinnen und Verbraucher resignieren und sagen: Es ist doch alles verseucht, egal, was ich esse.

Einige werden auf Bio-Lebensmittel zurückgreifen. Letzteres ist allerdings nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung möglich. Den meisten fehlen nämlich die finanziellen Mittel dafür.

Für die Zukunft, meine Damen und Herren, muss daher dringend die Verbraucherinnen-Information verbessert werden.

(Beifall von der LINKEN)

Im Rahmen der Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes brauchen wir deshalb eine effektive, eine aktive Informationspflicht der Behörden und ein Auskunftsrecht der Verbraucherinnen und Verbraucher gegenüber Unternehmen, um eine wirksame Verbraucherinformation sicherzustellen.

Eine weitere sinnvolle Information wäre ein Vermarktungs- und Transparenzsiegel für alle landwirtschaftlichen Produkte. Das funktioniert im Ökolandbau schon seit Jahren, warum nicht auch für die

konventionelle Landwirtschaft? Ein Anfang ist in Nordrhein-Westfalen schon gemacht, nämlich mit der Milch der Marke die „faire Milch“, der wir heute an dieser Stelle weiteren Erfolg wünschen.

Meine Damen und Herren, was bei diesem Dioxin-Skandal auch zutage getreten ist, ist die mangelnde Kontrolle durch die Behörden. Das haben alle Fraktionsrednerinnen betont. In Nordrhein-Westfalen gibt es für die Kontrolle der Agrarfabriken nur einige wenige Personen. Eine ausreichende Kontrolle ist damit nicht möglich. Es ist daher dringend erforderlich, die staatlichen Kontrollbehörden personell und finanziell besser auszustatten.

(Beifall von der LINKEN)

Sie müssen uneingeschränkt Zugang zu Betrieben und Dokumenten in der gesamten Erzeugerkette haben.

(Beifall von der LINKEN)

Das Lebensmittel- und Futtermittelgesetz muss endlich vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Verbraucherschutz muss Vorfahrt haben!

Die Linke fordert einen Politikwechsel bei der Futtermittelkontrolle. Bis heute ist das Lebensmittel- und Futtermittelrecht auf die Interessen der Hersteller zugeschnitten: Die Betriebe wollen sich weitgehend selbst überwachen, den Behörden fehlen Tausende Kontrolleure. Nur so ist zu erklären, dass jahrelang giftige Industriefette ins Futter gemischt werden konnten. Die Rechnung, meine Damen und Herren, zahlen wie immer die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Meine Damen und Herren, für die Zertifizierung und Selbstkontrolle der Betriebe sind gesetzliche Vorgaben notwendig. Der Skandalbetrieb Harles und Jentzsch war durch das Prüfsystem der Lebensmittelwirtschaft qualitätssiegelzertifiziert. Die betrügerischen Machenschaften sind im Zertifizierungssystem nicht aufgefallen.

Die Linke fordert daher unter anderem ein staatlich kontrolliertes Zertifizierungssystem für die gesamte Produktionskette vom Acker bis zum Teller.

(Beifall von der LINKEN)

Ein dichtes Netz risikoorientierter staatlicher Pflichtuntersuchungen muss zwingend das Funktionieren des privatwirtschaftlichen Zertifizierungssystems überwachen. Bei besonders risikobehafteten Betrieben müssen Kontrollen deutlich erhöht werden. Die Kontrollbefugnisse gehören wesentlich ausgeweitet. Es ist generell mehr Kontrollpersonal notwendig – und das alles finanziert von der Branche, deren schwarze Schafe die Verursacher des erhöhten Kontrollaufwands sind.

Außerdem müssen die Risiken der industriellen Massentierhaltung klar werden, damit der Teller sauber bleibt. Der Skandal mit dioxinbelastetem Futtermittel hat seine Ursache in der industriellen

Massentierhaltung. Lebensmittel aus regionalem Anbau und Bioprodukte sind deshalb der beste Schutz vor Gift im Essen. Qualität und Tierschutz bleiben zwangsläufig auf der Strecke, wo Huhn und Schwein in Tierfabriken zur profitträchtigen Massenware verkommen.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Die Linke fordert eine Rückkehr zur bodengebundenen Landwirtschaft. Es sollen nur noch landwirtschaftliche Betriebe gefördert werden, die den größten Teil ihres Futters auf den eigenen Flächen produzieren können.

(Beifall von der LINKEN)

Wir wollen wieder eine bäuerliche Landwirtschaft mit einer artgerechten Tierhaltung und damit ein Ende der Fleischproduktion in Industrieanlagen ohne Ackerflächen.

Zusätzlich fordern wir eine Änderung des Bundesgesetzes. Dafür soll sich die Landesregierung im Bund einsetzen. Im Gesetz muss festgelegt werden, dass nur noch Ställe genehmigt und gefördert werden, die eine bestimmte Größe nicht überschreiten. Wir wollen keine Tierfabriken mehr!

(Beifall von der LINKEN)

Auch die Obergrenze bei den Subventionen muss neu festgelegt werden. Zuschüsse sollte es nur noch für eine bäuerliche Landwirtschaft geben.

Meine Damen und Herren, nun etwas zu den Kosten. Die wahren Kosten der angeblich billigen Eier und Koteletts werden jetzt deutlich: Millionenverluste bei den Bauern, immer höhere behördliche Kontrollkosten sowie Gesundheits- und Umweltschäden. Dabei ist Kostenwahrheit der beste Verbraucherschutz.

Der jetzige Skandal zeigt, dass bestimmte Formen der Lebensmittelerzeugung mit Risiken behaftet sind. Diese Formen gehören abgeschafft. Solange sie noch existieren, bedürfen sie einer umfassenden Überwachung. Die notwendigen Kontrollkosten müssen deshalb künftig vollständig von den Unternehmen getragen werden.

(Beifall von der LINKEN)

Zum Schluss daher noch einmal: Wir haben Tierfabriken satt! Für Samstag fordern wir alle auf, die Demonstration in Berlin zu unterstützen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Akbayir. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Remmel das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Schulze Föcking, Herr Abruszat, es war interessant, zu hören, wie reflexhaft Sie versucht haben, sich an einer Position abzuarbeiten, die die Landesregierung nie vertreten hat. Sie haben offensichtlich andere Erwartungen gehabt, wie wir politisch agieren, und sind jetzt erstaunt und können darauf in Ihren Debattenbeiträgen noch nicht konkret reagieren.

Mich hätte es schon interessiert und würde es nach wie vor interessieren, wie Sie zu den 14 gestern verabredeten Punkten stehen. Davon haben Sie in Ihren Beiträgen fast überhaupt nichts erwähnt. Sagen Sie uns doch konkret, ob Sie den 14 Punkten zustimmen, ob Sie dazu beitragen, die notwendigen Voraussetzungen im Landtag dafür zu schaffen, ob Sie bereit sind, uns zu unterstützen, welche Haltung Sie dazu einnehmen. Es hätte uns auf der Regierungsseite, aber auch die Öffentlichkeit interessiert, wie Sie konkret zu den Verabredungen stehen und an welcher Stelle Sie uns unterstützen werden. Dazu haben Sie leider heute bisher nichts gesagt. Ich würde mir wünschen, dass Sie die Debatte noch nutzen, um uns aufzuklären.

Ich möchte auch deutlich machen, dass ich mich während der gesamten letzten dreieinhalb Wochen dafür eingesetzt habe, ein Bündnis der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Landwirte zu schmieden, weil in der Tat die Landwirte die Betroffenen sind und möglicherweise die Kosten bei ihnen hängenbleiben. Deshalb ja auch unser Vorschlag, eine Haftungsregelung zu treffen.

Auch sind wir bemüht – so schnell wie Nordrhein-Westfalen untersucht kein anderes Bundesland –, die Höfe möglichst zügig wieder freizugeben. An dieser Stelle möchte ich einen ganz großen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im LANUV, in den chemischen Untersuchungsämtern richten, die über die Feiertage jeden Tag

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

bis an die Kapazitätsgrenzen gearbeitet haben und nach wie vor arbeiten, um möglichst schnell eine Entwarnung in Richtung Landwirtschaft zu geben. Das ist beispielhaft und zeigt, wie interessiert wir daran sind, schnell zu einer Normalität, so es sie denn geben kann, auf den Höfen zurückzukehren.

Darüber hinaus haben natürlich Gespräche mit der Landwirtschaft, mit den Verbänden, mit der Geflügelwirtschaft stattgefunden, um zu schauen, wo wir kurzfristig helfen und unterstützen können. Ich glaube, es ist auch Ihre Position, dass die öffentliche Hand für jetzt entstehende Ausfälle nicht aufkommen kann. Aber wir wollen in Fällen aktueller Schwierigkeiten helfen, die Liquidität zu gewähr-

leisten, die eine oder andere Unterstützung geben, und zwar mit den uns zur Verfügung stehenden Instrumenten NRW.BANK oder auch der Rentenbank. Hier haben wir entsprechende Initiativen gestartet.

Es ist also ein Klischee, wir würden die Landwirtschaft nicht unterstützen. Das stimmt nicht. Wir wollen ein Bündnis zwischen den Verbraucherinnen und Verbrauchern und den Landwirten für gute Lebensmittel. Auch davon habe ich von Ihnen wenig gehört. Es geht darum, den Kampf gegen Gift im Essen endlich zu gewinnen. Das ist jedenfalls unser Anspruch. Ich weiß nicht, was Ihr Anspruch ist. Das würde mich jedenfalls auch interessieren.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es geht darum – das sage ich ganz deutlich –, im Verbraucherschutz nicht hinter anderen europäischen, aber auch weltweiten Entwicklungen zurückzubleiben. Sozusagen Face to Face zu wissen, woher das Lebensmittel kommt, wie es produziert wird, mit welcher Sorgfalt dies geschieht, eint alle Verbraucherinnen und Verbraucher auf der ganzen Welt. Im Übrigen gibt es in anderen Erdteilen entsprechende Tendenzen, genau diesen Weg nachvollziehen zu können und hier größtmögliche Transparenz walten zu lassen.

Dazu gehört natürlich eine rechtliche Absicherung des entsprechenden Informationsbedürfnisses. Wir haben hier keine eindeutige Rechtssicherheit. § 40 des Futtermittelrechts erlaubt uns, Betriebe sowohl im Bereich der Lebensmittelverarbeitung als auch im Bereich der Futtermittel zu nennen, aber nur bei hinreichendem Verdacht und hinreichender Begründung, und dieser hinreichende Verdacht war in diesem Fall schwierig zu finden.

Eine weitere rechtliche Hürde in diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung zwischen juristischen und natürlichen Personen. Bei natürlichen Personen ist eine umfangreiche Anhörung erforderlich. Hätten wir versucht, den Namen der Firma Harles und Jentzsch öffentlich zu machen – inzwischen ist er dies, auf welchen Wegen auch immer, geworden –, dann hätten wir das aufgrund der rechtlichen Vorgaben des Verbraucherinformationsgesetz, das von uns verlangt, zunächst umfangreiche Hürden zu überwinden, bis heute nicht geschafft. Auch da bin ich sehr erfreut, dass andere Länder mit uns gemeinsam diese juristischen Hürden verringern wollen, um dem Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher zum Durchbruch zu verhelfen.

Ich habe auch an keiner Stelle einen Gegensatz zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft konstruiert. Lassen Sie uns diese Debatte beenden; denn sie führt nicht weiter. So, wie Sie hier heute aufgetreten sind, habe ich den Eindruck, dass Sie versuchen, eine Wagenburg zu bilden.

Stellen Sie sich doch einmal einen kleinen Moment daneben und betrachten Sie das System. Nehmen Sie die gesellschaftliche Debatte wahr. Es ist doch nicht so, dass diese Debatte von der Regierung in Nordrhein-Westfalen angezettelt worden wäre. Lesen Sie die Leitkommentare. Die Struktur wird hinterfragt. Selbstverständlich fragen die Menschen danach, was es bedeutet, Lebensmittel zu produzieren. Das Leben und das, was damit zusammenhängt, steht im Mittelpunkt: Ist das zukunftsfähig? Überlegen Sie nur einen Moment lang!

(Zuruf von Christina Schulze Föcking [CDU])

– Frau Schulze Föcking, wir müssen auch die Tendenz im Auge behalten, das, was weltweit auf uns zukommt. Wir haben einen Weltklimareport, über den sehr intensiv diskutiert wird. Wir haben aber auch einen Welternährungsreport, und darin werden klare Aussagen getroffen: Mit der landwirtschaftlichen Fläche, die auf der Welt verfügbar ist, könnten wir heute eigentlich 12 Milliarden Menschen ernähren. Wir bekommen aber noch nicht einmal die knapp 7 Milliarden Menschen satt. Das heißt, wir werden in ein oder zwei Generationen entscheidende Verteilungsprobleme haben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Die haben wir jetzt schon!)

Natürlich hängt das mit den Futtermitteln zusammen. Wo werden die Futtermittel produziert? Welche Warenströme werden organisiert? Diese Weltmarktorientierung wird uns irgendwann auf die Füße fallen, sowohl was die Gifte im Essen als auch was die Verteilungsfrage weltweit angeht.

Deshalb ist es aus ökologischen Gründen, aus Klimaschutzgründen, aber auch aus Gründen der Welternährung richtig, darüber zu diskutieren, ob diese Orientierung angemessen ist und ob sie unsere Strukturen in Nordrhein-Westfalen, die ich für richtig halte, dauerhaft sichert: für die Zukunft, für die Menschen im ländlichen Raum, für Arbeitsplätze im ländlichen Raum und für die Landwirtschaft, die wir dauerhaft erhalten wollen, auch weil wir sie für die Bewahrung unserer Kulturlandschaft brauchen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb gibt es auch keine Kausalität: Dioxinskandal und deshalb eine Veränderung der Landwirtschaft. Aber es ist ein zusätzlicher Grund, darüber nachzudenken und darüber zu diskutieren.

Diese gesellschaftliche Debatte findet statt. Sie können doch einfach die Augen davor verschließen und sagen: Das hat damit nichts zu tun. – Dieser Debatte müssen Sie sich stellen. Wir wollen uns ihr stellen, und deshalb laden wir dazu ein, einen Dialog zwischen der Landwirtschaft, dem Umweltschutz und den Verbrauchern zu initiieren.

Das Gleiche haben wir der Bundeslandwirtschaftsministerin vorgeschlagen. Ich glaube, das steht auf der Tagesordnung, auch was die Frage der Gestal-

tung der Zukunft betrifft. Dieser Frage werden Sie nicht ausweichen können. Diese Frage werden Sie auch beantworten müssen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Deppe das Wort.

Rainer Deppe (CDU): Frau Gödecke! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Wir haben eben den Entschließungsantrag auf den Tisch gelegt bekommen. Ich glaube, da ist deutlich geworden, warum Sie diese Debatte heute hier überhaupt beantragt haben. Sie haben so getan, als ob heute über Dioxin in Lebensmitteln und darüber geredet werden müsste, was gestern in Berlin vereinbart worden ist.

Herr Remmel, Sie nutzen diese Debatte aber spätestens mit Ihrem Entschließungsantrag und jetzt mit Ihrer Wortmeldung dazu, wieder einen Angriff auf die herkömmliche Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland zu starten. Es ist nicht in Ordnung, dass Sie in dieser Art und Weise vorgehen.

(Beifall von der CDU – Zurufe von den GRÜNEN)

Zur gestrigen Agrarministerkonferenz. Wir unterstützen ausdrücklich – die Kollegin Schulze Föcking hat es eben gesagt, aber Sie haben es vielleicht nicht wahrnehmen wollen – den Katalog der 14 Maßnahmen, die dort vereinbart worden sind; denn es kann nicht sein, dass der Futtertrog der Tiere, der Teller der Menschen oder der Acker der Bauern zur Mülldeponie für Abfälle wird.

(Beifall von der CDU)

Das hat etwas mit Dioxin zu tun, das hat etwas mit Gammelfleisch zu tun, und das hat auch etwas mit PFT zu tun. Übrigens haben wir die beiden letzteren Probleme von Ihnen geerbt.

(Beifall von der CDU)

Die Gesundheit anderer Menschen aufs Spiel zu setzen ist kein Kavaliersdelikt, und deshalb muss man da entschieden und hart vorgehen.

Herr Stinka hat eben gesagt: Wir alle lernen noch dazu. – Es ist gut, wenn man dazulernt, aber ich habe den Eindruck, bei Ihnen ist das besonders nötig.

(Zuruf von der CDU)

Sie haben eben das Fehlen einer Positivliste beklagt. – Wir haben in Deutschland eine Positivliste. Die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft hat eine lange, ausführliche Liste, die auch anerkannt ist. Was fehlt, ist, dass diese Liste europäisch verbindlich ist und in den europäischen Nachbarländern

durchgesetzt werden kann. Die Futtermittelindustrie hat diese Liste, und sie richtet sich auch danach. Eine kriminelle Firma hat das nicht getan. Das ist die Wahrheit, nicht das, was Sie hier erzählt haben.

Ins Futter dürfen diese Stoffe nicht hinein, und wer Sie hineinbringt – das ist unsere Meinung – darf auf Dauer mit der Herstellung und dem Handel von Futter- und Lebensmitteln nichts mehr zu tun haben. Das fehlt mir in dem gestern vereinbarten Papier. Wir fordern ein Berufsverbot für Leute, die Lebensmittel und Futtermittel panschen. Ich würde mich freuen, wenn Sie das unterstützten.

(Beifall von der CDU)

Auch derjenige, der gepanschte Lebensmittel oder überhaupt gepanschte Waren in den Umlauf bringt, muss damit rechnen, dass er öffentlich genannt wird. Auch deshalb sind wir dafür, dass das Verbraucherinformationsgesetz diese Möglichkeit rechtssicher eröffnet; denn nur so können wir für ein höchstmögliches Maß an Sicherheit sorgen.

Herr Remmel, dass Sie sich in den letzten drei Wochen die Situation relativ entspannt ansehen konnten – auch im Vergleich zu anderen Bundesländern –, hat auch damit zu tun, dass das Kontrollsystem in Nordrhein-Westfalen und die hiesigen Maßnahmen funktioniert haben.

(Beifall von der CDU)

Das hat seinen Grund vor allem darin, dass Eckhard Uhlenberg bereits vor fünf Jahren begonnen hat, das System der Lebensmittelkontrolle in Nordrhein-Westfalen neu aufzustellen. Es hätte Ihnen nicht geschadet, wenn Sie auch so etwas einmal in der Debatte oder in der Öffentlichkeit erwähnt hätten.

(Beifall von der CDU)

Herr Remmel, Sie können doch froh sein, dass Sie im Gegensatz zu uns ein funktionierendes Kontrollsystem übernommen haben. Wir haben doch einen Torso vorgefunden, den uns Frau Höhn hinterlassen hat. Direkt in den ersten Monaten unserer Regierungszeit galt es damals, den Gammelfleischskandal zu bewältigen, was ja auch sehr gut gelungen ist. Dass wir in Nordrhein-Westfalen die Probleme heute relativ gut und geräuschlos bewältigt haben, zeigt doch, dass die Behörden gut aufgestellt sind, dass sie professionell arbeiten, dass wir uns darauf verlassen können.

Nach allem, was wir wissen, meine Damen und Herren, hat kriminelles Handeln – Sie haben eben die Firma noch einmal genannt – von Harles und Jentzsch diesen Skandal ausgelöst. Wie immer im Leben gibt es hier mehr Betroffene, mehr Opfer als Täter. Es sind die Landwirte, es sind die Beschäftigten in Mischfutterwerken, es sind die nachgelagerten Bereiche, die Exporteure, die Beschäftigten einer ganzen Branche vom Fahrer bis zum Geschäftsführer, die jetzt echte Existenznöte haben.

Das ist auf jeden Fall das, was wir erfahren, wenn wir mit den Leuten reden. Aber offenbar sprechen Sie ja mit anderen.

Wissen Sie, Herr Remmel, was diese Leute, was die Unschuldigen in dieser Situation gebraucht hätten? – Das wäre ein Minister gewesen, der sich vor sie stellt. Stattdessen nutzen Sie diesen Fall schamlos aus, um Ihrer Kampagne gegen die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen einen neuen Schub zu geben.

(Beifall von der CDU)

Ich muss Ihnen sagen: Sie kochen auf dem Rücken der Leute, die allesamt Opfer sind,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie vertreten die Lobbyisten! Sie sind doch Sprecher der zentralen Lobby!)

ein politisches Süppchen! Und das ist nicht nur nicht in Ordnung, sondern ist geradezu schäbig!

(Beifall von der CDU)

Mir kommt das so vor wie ein Fall, der sich in der Weihnachtszeit oder Nachweihnachtszeit hier in Nordrhein-Westfalen so ereignet haben könnte:

Da wird kurz nach Weihnachten bei einer Familie eingebrochen und aus der Wohnung der neue Flachbildfernseher gestohlen, den sich die Familie – die Eltern, die Kinder – durch Fleiß und Sparsamkeit erarbeitet haben. Nachdem die Polizeibeamten die Spuren aufgenommen haben, kommt der oberste Chef und sagt: Sind sie doch alles selber schuld, hätten sie einen Schwarzweißfernseher, dann hätten sich die Einbrecher gar nicht erst die Mühe gemacht, in die Wohnung einzusteigen.

(Beifall von der CDU)

So ist die Politik, wie Sie sie hier in der Öffentlichkeit vertreten.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Klammheimliche Freude, Herr Remmel, ist das Allerletzte, was die Betroffenen in dieser Situation brauchen. Wenn ich Ihre Äußerungen lese, ob in der „Zeit“ oder in der „Frankfurter Rundschau“, kann man genau das daraus herauslesen. Glauben Sie mir: Ich hatte in 26 Sitzungen des Untersuchungsausschusses ausreichend Zeit, Ihre Psychologie zu studieren, sodass ich weiß, was ich sage.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Was ist denn jetzt los? Kümmern Sie sich um Ihre eigene Psychologie! Gehen Sie mal in eine Selbsthilfegruppe!)

Zum Thema Weltmarkt. Wer hat denn die Bauern in Deutschland in den Weltmarkt getrieben?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Das war die rot-grüne Bundesregierung, das war Bundeskanzler Schröder, von dem die SPD ja heute

nichts mehr wissen will – wer weiß, wann Sie ihn ebenso ausschließen wie so viele andere vorher –, und das war vor allem Ministerin Künast von den Grünen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Herr Deppe, Sie halten sich wirklich für schlau!)

Sie behaupten, man könnte auf dem Weltmarkt nur über den Preis gewinnen. Gerade jetzt wird doch genau das Gegenteil bewiesen. Auf dem Weltmarkt kann man nur bestehen, wenn man Qualität erzeugt, wenn man gesunde und einwandfreie Produkte auf den Markt bringt. Denn sonst hätten wir reihum jetzt nicht die Sperrungen in den Ländern und die Riesenprobleme beim Export.

Von daher ist diese Gleichung, die Sie immer aufmachen – „Weltmarkt = billig, qualitativ schlecht“ –, eine Gleichung, die überhaupt nicht stimmt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wer hat denn den Mist produziert?)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland mit die beste und die sicherste Landwirtschaft der ganzen Welt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist doch Ihre Agrarindustrie, die das produziert hat!)

Wir müssen dafür sorgen, dass dies so erhalten bleibt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, mit der Verwendung des Wortes „billig“ darf nie ein Eindruck nach dem Motto erweckt werden – dies wird hier meines Erachtens, wenn ich die Äußerungen von Herrn Rüße und die Zwischenrufe, die eben von den Grünen kamen, Revue passieren lasse, aber getan –: Die Verbraucher sind es selbst schuld! – Nein, meine Damen und Herren.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

– Aber der Eindruck wird ständig erweckt. Herr Stinka sagt: Leider geben die Leute ja viel zu wenig für Lebensmittel aus.

Ich sage Ihnen: Ich bin da völlig anderer Meinung und mit mir meine Partei. Lebensmittel, die in nordrhein-westfälischen Läden oder Märkten verkauft werden, müssen sicher sein. Ein niedriger Preis kann nie die Rechtfertigung für Schadstoffe in Lebensmitteln sein.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wer in Deutschland einkauft, muss die Gewähr haben, dass die Produkte, ganz besonders natürlich Nahrungsmittel, in Ordnung sind.

Um das gleich direkt deutlich zu machen, denn der Einwand wird mit Sicherheit kommen: Und für uns Christdemokraten ist ganz klar: Der Preis kann auch nie Rechtfertigung sein, um Verstöße im Tierschutz

irgendwie zu rechtfertigen oder Tiere nicht ordentlich zu halten.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, der Verbraucher hat ein Recht darauf, dass jedes Lebensmittel, das er in Deutschland erwirbt, sicher ist. Der Landwirt hat ein Recht darauf, dass das Futter, das er für seine Tiere kauft, der Deklaration entspricht und nicht gepanscht ist. Der Kunde auf dem Weltmarkt muss genauso wie wir Verbraucher die Gewissheit haben: Wenn ich Lebensmittel in Deutschland kaufe, dann bekomme ich höchste Qualität. Das sollte unser gemeinsames Ziel sein. Darauf haben die Menschen Anspruch. Und diesen Anspruch zu erfüllen, das ist unsere Aufgabe.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das am meisten gefallene Wort heute hier im Plenum ist sicherlich „Kontrolle“. Kontrolle ist bestimmt wichtig. Wir haben über mehr Effizienz der Kontrolle, bessere Organisation, bessere Kommunikation gesprochen. Nur: Diese Kontrolle hat irgendwann ihre Grenzen. Wir sehen: Die Kontrolle läuft im Prinzip immer den Skandalen hinterher. Final werden wir sicherlich nicht dahin kommen können, dass neben jedem Trog ein Kontrolleur steht.

Das heißt: Kontrolle kann nicht das alleinige Instrumentarium sein, um diese Skandale zukünftig zu verhindern.

Wir müssen uns auf eine Fehlersuche begeben, auf eine Fehlersuche im System. Eine Fehlersuche setzt immer auch, meine Damen und Herren, einen Dialog voraus. Wir sagen, wir müssen eintreten – der Minister hat es eben auch gesagt – in einen Dialog zwischen Landwirtschaft, Umwelt, Natur- und Tierschutz. Und auch – das sage ich an dieser Stelle ausdrücklich – die Kirchen sollten mit ins Boot, denn wir brauchen eine ethische Diskussion, einen ethischen Dialog zur Lebensmittelproduktion und auch zur Landwirtschaft in unserem Land. Dazu hat der Minister auch eingeladen, und wir unterstützen ihn

(Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP])

– vielen Dank! – an dieser Stelle sehr.

Konkret kann man bei dem ansetzen, was aus Brüssel gekommen ist. Die ersten Gedanken zu GAP nach 2013 sagen eindeutig: Wir brauchen mehr Qualität und weniger die Gießkanne, mit der das Geld übers Land verteilt wird. Wir brauchen mehr Qualität. – Hierüber gibt es auch die Diskussi-

on. Wir brauchen öffentliches Geld für öffentliche Güter. Genau da setzt unsere Forderung für den Dialog auch wieder ein: Was sind diese öffentlichen Güter? Wir müssen darüber diskutieren, um dann auch wirklich das Geld gezielt auszugeben. Dafür brauchen wir diesen Dialog.

Das Land – dafür steht auch der Minister – wird da sicherlich nicht nur mitgehen, sondern wir werden als Land Nordrhein-Westfalen an dieser Stelle auch vorangehen, meine Damen und Herren.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zu den hier so oft diskutierten Gegensätzen: Hier die guten Ökolandwirte, da die bösen Konventionellen! – Die SPD braucht diese Gegensätze nicht. Diese Gegensätze brauchen Sie von der CDU.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie brauchen sie, um in Ihrem Klientel Politik machen zu können, da eine Mobilisierung zu erzielen. Wir als SPD – das sage ich Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich – brauchen das nicht. Sie brauchen eine Emotionalisierung an dieser Stelle. Sie schüren das Feuer. Das ist nämlich der Grund Ihres Auftritts hier.

Meine Damen und Herren, ich sage es ganz deutlich: Das führt im Prinzip zu nichts. Wir brauchen einen Dialog, der von dem Verbindenden ausgeht. Und das Verbindende ist die Suche sowohl bei den ökologisch arbeitenden als auch bei den konventionell arbeitenden Betrieben, die wir beide brauchen. Wir werden auch zukünftig eine Koexistenz brauchen. Sowohl die Ökologen als auch die Konventionellen haben als Ziel, zum Schluss gesunde Lebensmittel herzustellen.

Wir fordern Sie auf und bitten Sie: Steigen Sie mit ein in den Dialog. Verweigern Sie sich an dieser Stelle nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Kollege Markert das Wort.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe anwesende Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Rimmel hat am Anfang der Debatte heute Morgen gesagt: Gestern war, wenn das umgesetzt wird, was wir alle gemeinsam in Berlin beschlossen haben, ein guter Tag, weil man Konsequenzen aus einem aktuellen Skandal gezogen hat.

Wenn ich mir manche Debattenbeiträge heute anhöre, insbesondere Ihren, Herr Deppe, dann habe ich den Eindruck: In Berlin war man gestern weiter. Wir sollten abrüsten und versuchen, zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher und auch der

Landwirtinnen und Landwirte das Gemeinsame an dieser Stelle zu suchen, statt das Trennende immer wieder krampfhaft auszupacken und uns an die Köpfe zu hauen. – Das als eine kleine Vorbemerkung.

Im Übrigen diskutieren wir wieder einmal einen Lebensmittelskandal. Vorhin wurde schon darauf hingewiesen: Es wurde mit krimineller Energie gepanscht. Man hat Tieren, die zum Verzehr bestimmt waren, Gift und Müll in den Trog gemischt und ihnen als verunreinigtes Futter vorgesetzt. Bei diesem Skandal geht es auch nicht zum ersten Mal um eine Stoffgruppe, die gemeinhin als Dioxin bezeichnet wird, also um eine Stoffgruppe, bei der Chlorverbindungen mit organischen Kohlenstoffen verknüpft sind, die uns erstmalig durch den sogenannten Seveso-Skandal bekannt wurden.

Diese Stoffe zeichnen sich dadurch aus, dass nicht die geringe Menge, um die es beim Frühstücksei in der Tat geht, das Problem ist, sondern das Problem ist, dass sie sich im Fettgewebe der Tiere und der Menschen anreichern. Es wird immer mehr. Und das führt auf Dauer zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Nicht nur die Krebsgefahr wird von Medizinern beschrieben, sondern es geht auch um Erkrankungen des Immunsystems, um Hauterkrankungen, etwa die Chlorakne. All das sind Probleme, die auf Sicht entstehen können.

Das Schlimme ist – Sie wissen: Dioxin ist sogar schon in der Muttermilch vorhanden –: Diese Stoffe werden nur ganz langsam wieder abgebaut. Die gefährlichsten Dioxine bleiben bis zu 20 Jahre im Körper. Es kommen immer mehr dazu. Insofern ist es richtig, darauf hinzuweisen, um was für einen Stoff es sich handelt. Man soll den Menschen nicht das Frühstücksei vermiesen, aber man muss schon sagen: Jede kleine Menge Dioxin, die dazukommt, ist ein Riesenproblem.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir reden im Moment über einen Futtermittelskandal. Die Kollegin Schulze Föcking hat vorhin die Hintergrundbelastung angesprochen. Diese Hintergrundbelastung in der Umwelt, die ihre Ursache immer noch in industriellen Verbrennungsprozessen hat – hier zu nennen ist ein ganz anderes Thema, über das wir uns an anderer Stelle unterhalten werden müssen, nämlich die sogenannte Mitverbrennung in Zementwerken und in alten Kohlekraftwerken, auf die die 17. Bundesimmissionsschutzverordnung eben nicht angewendet wird – und von der Sie gesprochen haben, Frau Schulze Föcking, hat dazu geführt, dass wir vor Weihnachten auch einen kleinen Dioxin-Skandal hatten, als ein Bauer, der seine Kühe auf die Weide gestellt hatte, feststellen musste, dass Dioxin im Fleisch dieser Kühe entdeckt wurde – ein Bauer, der vermeintlich alles richtig gemacht hatte.

Es handelt sich im Übrigen um einen dieser Sozialromantiker, von denen der Kollege Abrusatz gesprochen hat, einen Bio-Bauern, der seine Kühe noch auf die Weide lässt. Der hatte plötzlich das Problem, dass die Kühe das gemacht haben, was sie nun einmal tun, sie haben nämlich Gras wiedergekaut. Und das war dioxinbelastet. Das war die Hintergrundbelastung, von der hier etwas verharmlosend gesprochen wurde.

Das ist nicht „wildromantisch“, was auf den Biohöfen passiert, sondern das ist ein richtiges Problem: Der Bauer meint alles richtig zu machen, schickt seine Kühe nach draußen, sperrt sie nicht ein. Mit der Hintergrundbelastung haben wir dann ein richtiges Umweltproblem.

Die Antwort kann wirklich nicht lauten: Sperrt alle Tiere ein, damit sie gesundes Fleisch produzieren! Wir müssen also nicht nur diesen Futtermittelskandal im Hinblick auf das Futtermittel angehen, sondern wir müssen den Dioxinskandal auch als Ausgangspunkt nutzen, um die Hintergrundbelastung endlich anzupacken und eine Lösung zu finden. Ich lade alle herzlich dazu ein, das zum Anlass zu nehmen, über die Mitverbrennung und die 17. Bundesimmissionsschutzverordnung zu reden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Markert, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche. Würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Deppe zulassen?

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Herr Markert, dass man Politik aus einem ideologischen Blickwinkel macht, ist bei Ihnen nichts Neues.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da kennen Sie sich aus!)

Halten Sie es aber für richtig, dass man landwirtschaftliche Erzeugung und Produktion auch nur noch aus einem ideologischen Blickwinkel betrachtet und sagt, zwar habe der Bauer alles richtig gemacht, aber leider sei Dioxin in seinen Produkten? – Das kann doch wohl nicht richtig sein.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Deppe, ich hatte schon darauf hingewiesen, dass Ideologie manchmal – vor allen Dingen dann, wenn Sie sie ansprechen – ein Problem ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich habe eben versucht, sehr sachlich und entspannt ein Beispiel zu nehmen, wo ein Bauer – das könnte auch ein konventioneller Bauer sein, der seine Kühe manchmal auch auf die Weide schickt – vermeintlich alles richtig macht. Dabei bleibe ich.

Sie können wirklich nicht sagen, dass ein Biobauer – nur weil er ein Biobauer ist – schuld daran ist, dass Verbrennungsprozesse stattfinden, die er nicht veranlasst hat, die Kühe verseucht werden, sodass er sie nicht mehr verkaufen kann. Das wäre in der Tat Ideologie von Ihrer Seite, wenn Sie glauben, dass der konventionelle Bauer alles richtig macht, während der Biobauer alles falsch macht.

Rüsten Sie bitte ab, Herr Deppe! Seien Sie ganz entspannt! Lassen Sie uns nicht nur das Problem beim Futtermittelskandal angehen und in Deutschland in Zukunft hoffentlich ausschließlich sauberes Futtermittel auf den Markt bringen, sondern lassen Sie uns auch darüber reden, wie wir die sogenannte Hintergrundbelastung, von der Frau Schulze Föcking hier zu Recht gesprochen hat, nachhaltig angehen.

Es kann nicht sein, dass wir uns mit bestimmten Stoffen in der Natur einfach abfinden. Das kann es wirklich nicht sein. Das hat in der Tat nichts mit Ideologie zu tun, sondern damit, auch die umweltpolitischen Hausaufgaben zu machen. In der Vergangenheit hat es daran leider auch gemangelt.

Auf Ihre Frage eingehend, habe ich noch einmal deutlich gemacht, um was es bei diesem Skandal geht. Man muss ihn zum Ausgangspunkt nehmen. Wir müssen die Quellen stopfen, aus denen das Dioxin in die Umwelt gelangt, und wir müssen uns im Übrigen Gedanken darüber machen, wie wir eine Landwirtschaft so gestalten, dass sie tierverträglich, verbraucherträglich und verträglich für eine Landwirtschaft als Wirtschaftszweig ist. All das können wir gemeinsam von Nordrhein-Westfalen aus mit einem starken Minister an der Spitze sehr gut schaffen.

Aber auch wir Verbraucherinnen und Verbraucher müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir unser Konsumverhalten darauf ausrichten. Das hat etwas mit Marktwirtschaft zu tun. Wir sollten nicht länger diejenigen in Europa sein, die sich die teuersten Küchen kaufen, aber dort das billigste Fleisch braten. Das ist übrigens ein Bild, das mir vor Kurzem ein französischer Freund gemalt hat: Ihr gebt verdammt wenig für eure Lebensmittel aus. Ihr habt eine komische Lebenskultur: Ihr habt tolle Küchen, aber ihr kocht zu selten in diesen Küchen. Ihr kauft Lebensmittel ein, bei denen ihr nur auf den Preis achtet. Dafür fahrt ihr aber die teuersten Autos.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieser Zusammenhang besteht in der Tat. Darüber sollten wir miteinander nachdenken.

Wenn wir das Thema mit etwas weniger Ideologie und etwas tatkräftiger gemeinsam anpacken, war jedenfalls das, was gestern in Berlin stattgefunden hat, ein guter Auftakt. Dann können wir uns gemeinsam auf die Wegstrecke machen, hin zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft. In der Tat, Herr Remmel, Sie

haben vollkommen Recht: Dazu gehört auch, dass wir wie früher – es ist ja nicht alles schlecht, was früher war – seltener Fleisch essen, dafür aber das Geld in der Tasche haben, um uns besseres Fleisch leisten zu können. Das müssen sich übrigens alle Leute leisten können, auch die, die aus sozialen Gründen beim Discounter kaufen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die FDP spricht jetzt Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Freien Demokraten wollen eine echte, wirksame und ehrliche Lebensmittelsicherheit. Herr Markert von den Grünen spricht das Angebot aus, das ideologiefrei auch zu wollen. Das ist vielleicht das erste Angebot. Diesen Eindruck hatte ich in den letzten Wochen bei unserem Verbraucherschutzminister Herrn Remmel bisher nicht.

(Beifall von der FDP)

Ich habe heute gelernt: Herr Remmel ist stolz auf seine Leistung. – Hochmut kommt sicher vor dem Fall! Die Nachhaltigkeit der zehn Punkte wollen wir hier im Parlament einmal überprüfen. Zehn-Punkte-Pläne gab es zu unterschiedlichen Verbraucherskandalen immer wieder von unterschiedlichen Ministern und unterschiedlichen Politikern. Bei der Nachhaltigkeit war es dann trotz unterschiedlicher Couleur meistens nicht so groß. Das wollen wir hier nachhalten.

(Erneut Beifall von der FDP)

Herr Minister Remmel, ich hatte schon den Eindruck, dass es Ihnen nicht zuallererst um Lebensmittelsicherheit geht, sondern Sie den Verbrauchern suggerieren: Sicherheit durch Bioprodukte! – Aber die gibt es beim Dioxin nicht. Das haben wir noch im letzten Jahr erlebt: Dioxin in Bio-Eiern! Dioxin im Bio-Rindfleisch! – Da hat Minister Remmel nicht wie ein Verbraucherschutzminister, sondern eher wie ein Propagandaminister für den Biomarkt gewirkt.

(Beifall von der FDP)

Uns geht es um echten Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, und dabei muss man wirklich ideologiefrei argumentieren.

Es ist schon richtig, dass nur mit Bio-Anbau 18 Millionen Nordrhein-Westfalen nicht satt gemacht werden können. Das müssen wir in dieser Debatte schon sagen. Mein Eindruck ist eher: Wenn Sie diejenigen kritisieren, die preiswertes Fleisch kaufen, ist das keine Politik für Gering- und Normalverdiener, sondern vielmehr für Gutverdiener. Wir aber

wollen Lebensmittelsicherheit für alle Menschen in allen Einkommensklassen, eben nicht nur für den Bankdirektor.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Herr Markert hat das Thema „Dioxinbelastung“ angesprochen. Das fand ich gut und richtig. Völlig in der Debatte, aber auch in den Vorstößen unseres Verbraucherschutzministers hat mir – ich finde es beachtlich, dass unsere Gesundheitsministerin bei dieser Debatte nicht da ist – völlig gefehlt, darauf hinzuweisen, dass es überhaupt keine einheitlichen Grenzwerte für Dioxin gibt. Das ist der eigentliche Skandal. Die Landesregierung kommt noch nicht einmal ins Nachdenken, ob das, was von den Behörden kontrolliert wird, überhaupt gut und richtig ist.

Ein Beispiel: Meine kleinen Kinder, Max und Eva, zwei und drei Jahre alt, haben gestern Leberwurst auf ihrem Butterbrot gegessen.

(Zuruf von der SPD: Sehr interessant!)

Ich habe Schweinebraten drauf gehabt. Nach den geltenden Grenzwerten der EU darf Leberwurst sechsmal höher belastet sein mit Dioxin. Das wissen längst nicht alle Verbraucher. Aber ist es denn eine ehrliche Politik, wenn man Grenzwerte in Abhängigkeit von der Belastung der Produkte festsetzt? Denken Sie nicht darüber nach, ob in diesem Bereich eine Veränderung nötig ist, Herr Minister Remmel?

Meine schwangere Frau macht sich Gedanken, weil Dioxin beim ungeborenen Kind zu Fehlbildungen führen kann. Bei Schweinefleisch liegt der Grenzwert bei 1 Pikogramm je Gramm Fett; das ist vielleicht auch für meine schwangere Frau noch verträglich. Wie ist das aber mit Hähnchenbrust? – Da liegt der Grenzwert schon bei 2 Pikogramm. Wie ist das mit Rindergehacktem? – Hier liegt der Grenzwert schon bei 3 Pikogramm. Oder wie sieht es beim Fisch mit einem Grenzwert von 4 Pikogramm aus? – Wenn wir hier nicht ehrlicher werden, dann können wir uns die Debatte, die wir heute führen, eigentlich sparen. Wir dürfen die Festsetzung von Grenzwerten nicht von der Belastung abhängig machen. Wir wollen vielmehr im Sinne der Lebensmittelsicherheit Grenzwerte, die einheitlich sein müssen.

Ich möchte, dass Nordrhein-Westfalen einen Vorstoß in Richtung EU, die dies festsetzt, macht. Dies gilt übrigens auch für die Grenzwerte von Nitraten, Schimmelpilzen, Quecksilber und Blei. Die Grenzwerte sind je nach Produkt unterschiedlich gewichtet, und das ist der eigentliche Skandal, Herr Minister Remmel.

(Beifall von der FDP)

Wir werden dieses Thema hier weiter aufgreifen. Wir wollen Lebensmittelsicherheit. Wir wollen von Ihnen auch in Zeiten, in denen Lebensmittelskanda-

le nicht die Titelseiten der Zeitungen beherrschen, regelmäßig Berichte über Lebensmittelsicherheit. Das werden wir hier nachhalten. Wir wollen echte Verbraucherschutzpolitik. Bisher habe ich vieles Ihres politischen Handelns als Enttäuschung empfunden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für die Fraktion Die Linke spricht der Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir brauchen eine Agrarwende. Die Klientelverteidigungspolitik, die wir hier auch heute wieder von der CDU und natürlich auch von der FDP hören mussten, ist unerträglich. Sie haben doch dafür gesorgt, dass ein Verbraucherschutz in NRW kaum noch stattfindet. Bei Ihnen stehen gerade nicht das Wohl der Menschen, sondern die Interessen der Agrarindustrie an erster Stelle; genau das haben wir heute wieder einmal von Ihnen gehört.

(Beifall von der LINKEN)

Nach den Hoteliers und den Banken

(Zurufe von der CDU: Oh! Immer die gleiche Leier!)

steigen Sie jetzt für die nächste Lobbygruppe ein, um deren Gewinne auf Kosten der Menschen zu sichern. Das hat bei Ihnen eine lange Tradition, und das ist ganz konkret die Politik, die Sie immer wieder machen.

Warum haben Sie denn in den letzten Jahren, als Sie regiert haben, im Bereich der Kontrolle und Überwachung der Agrar- und Futtermittelindustrie massiv Stellen abgebaut? Und warum versteht sich nicht nur hier in NRW die Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner als Schutzpatronin der Agrarindustrie, nicht aber als Schutzpatronin des Verbraucherschutzes und der Menschen hier in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland? – Genau das machen Sie nicht.

Wir brauchen endlich eine andere Agrarpolitik, und da ist die rot-grüne Landesregierung gefordert. Mehr Klasse statt mehr Masse – das muss die Lösung sein. Wir haben zwar Gammelfleisch, Rinderwahn und Pestizide in Lebensmitteln und Gemüse überstanden. Langfristig sind die gesundheitlichen Auswirkungen allerdings massiv; das wissen wir alle. Wir brauchen endlich ein Ende der Massentierhaltung. Wir müssen mit Tieren so umgehen, dass wir uns dafür nicht schämen müssen. Das ist genau das, was auch die Initiative von mehreren hundert Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gefordert hat: Wir müssen hier in Deutschland endlich zu einem anderen Umgang mit Tieren, die wir verzehren, kommen. Das ist dringend geboten.

(Beifall von der LINKEN)

Die Auswirkungen der Agrarindustrie auf Umwelt, Klima, Gesundheit und auch globale Gerechtigkeit sind nach wie vor fatal. So sieht die Situation nicht nur in Deutschland, sondern weltweit aus.

Wir brauchen nicht nur eine neue ökologische Produktionsweise, sondern auch einen anderen Umgang mit Agrarsubventionen. Auch das ist ein Thema, und hier vermisste ich bisher Initiativen der Landesregierung und auch des Ministers. Wir müssen das Thema „Agrarsubventionen“ viel stärker in den Fokus nehmen und sehen, nach welchen Kriterien hier Subventionen verteilt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Wir als Linke fordern ganz klar Initiativen für neue Tier- und Umweltschutzstandards, einen Stopp der Exportsubventionen und eine Haltungskennzeichnung für Fleisch. Eine zu fordernde Subventionsdebatte muss tatsächlich dazu führen, dass wir diesbezüglich neue Kriterien festlegen. Wir wollen hier in Nordrhein-Westfalen einen Robin Hood für den Verbraucherschutz, aber keinen Sheriff als Schutzpatron für die Agrarindustrie. Dafür muss der Minister hier in Nordrhein-Westfalen stehen. So sieht eine Agrarwende aus, wie wir sie uns vorstellen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben gemeinsam mit SPD und Grünen einen Entschließungsantrag vorgelegt. In diesem wird noch einmal sehr deutlich gemacht, worum es uns geht. Natürlich sind CDU und FDP als Lobbyisten der Agrarindustrie leider in keinsten Weise dazu bereit, dem zuzustimmen. Das ist klar, und deswegen haben Sie auch nicht mitgemacht. Das ist die Politik, die Sie immer machen.

Dieser Antrag beinhaltet beispielsweise, Lebensmittel sicher zu machen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen vor Schadstoffen geschützt werden. Das machen Sie nicht mit. Sie hingegen wollen Ihre eigene Subventionspolitik fortsetzen und die Agrarindustrie schützen.

(Zurufe von der CDU)

Darüber hinaus sollen regionale Produkte gefördert und umweltfreundliche Produktionen unterstützt werden. Dazu haben Sie sich wieder einmal kritisch geäußert. Auch das ist Ihre Politik.

Man sieht: Mit Ihnen ist diese Agrarwende nicht zu machen. Sie, die CDU und die FDP, sind die Lobbyistenparteien im Landtag Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der CDU)

– Genau, Herr Laschet. Sie sind – wie immer – vorne mit dabei. Nach Hoteliers und Banken wird jetzt die Agrarindustrie geschützt. Hier sind Sie dabei. Sie sind allerdings nicht mit dabei, wenn es um den konkreten Schutz der Menschen und die Verbesserung

der Lebensbedingungen der Menschen in Nordrhein-Westfalen geht. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Sagel. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

(Armin Laschet [CDU]: Weniger Eier essen!)

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir ist wichtig, einige Sachinformationen weiterzugeben; denn das ist zur Klärung nötig.

Herr Dr. Romberg, wir sind völlig einer Meinung, wenn es darum geht, gemeinsam Initiativen zu ergreifen. Wir sind auch einer Meinung, dass Gift nichts im Essen zu suchen hat. Ich bin auch bei Ihnen, wenn es darum geht, gemeinsam zu einer Minderung zu kommen. Ich sage Ihnen allerdings auch, dass sich die Grenzwerte der EU an den Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation orientieren. Diese sind an den durchschnittlichen Verzehrgegewohnheiten der Menschen ausgerichtet. Das kann man gut und richtig finden oder nicht. Aber das ist die Systematik. Wenn Sie gemeinsam mit uns daran arbeiten wollen, dann sind Sie selbstverständlich herzlich eingeladen.

Wenn davon gesprochen wird, dass wir wie jede Regierung auf der Arbeit der Vorgängerregierung aufbauen, möchte ich deutlich machen, dass uns in der Tat die Ordnung und die Stabilisierung der Untersuchungsämter geholfen haben. Das ist wohl wahr. Dafür danke ich natürlich auch.

(Anhaltend Unruhe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Remmel, entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie unterbreche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Geräuschpegel im Saal ist relativ hoch und erfordert von allen Rednerinnen und Rednern eine große Anstrengung. Ich bitte diejenigen, die Gespräche zu führen haben, das draußen vor der Tür zu tun. Vielen Dank. – Vielen Dank für Ihr Verständnis, Herr Minister.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Gleichzeitig gehört aber, wenn es um die Lebensmittelkontrolle und die Lebensmittelkontrolleure geht, auch zur Wahrheit, dass wir einen Ministerpräsidenten hatten, der die Verdoppelung der Lebensmittelkontrolleure versprochen hatte. Und dann müssen wir einen Strich darunter machen und schauen, was daraus geworden ist.

Herr Rüttgers, Sie haben die Verdoppelung der Stellen der Lebensmittelkontrolleure von 300 auf 600 versprochen. Am Ende Ihrer Arbeit waren es gerade 50 Stellen mehr. Das ist auch ein Ergebnis, mit dem wir uns auseinandersetzen haben, weil wir die Kontrollrichten mit dem Personal, das bei den Kommunen und bei uns vorhanden ist, nicht leisten können.

Wenn jetzt von mehr Kontrollen gesprochen wird, erwarten wir auch einen inhaltlichen Beitrag von Ihnen hier im Parlament, wie wir es hinbekommen können, damit das, was Sie versprochen haben, auch tatsächlich umgesetzt wird.

Bei der Futtermittelkontrolle haben Sie in der Tat Personal abgebaut und fachlich ausgedünnt.

(Beifall und Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE]:
So ist das!)

Wir sind gerade dabei, es wieder aufzubauen, denn das gehört auch zur Wahrheit dazu. Die Meldungen über die Belastung sind uns von Privaten gegeben worden. Die Firma Wulfa-Mast hat uns die Information gegeben. Erst daraufhin haben wir handeln können. Wir müssen uns schon fragen, warum uns dies bei unseren Kontrollen – das sind mehr, als gesetzlich vorgeschrieben ist – nicht aufgefallen ist. Offensichtlich ist das Netz zu weitmaschig. Darüber müssen wir nachdenken.

Wir müssen auch fragen, warum es nur der Firma Wulfa-Mast aufgefallen ist, wo doch alle Futtermittelhersteller einem QS-System unterworfen sind. Zur Wahrheit gehört auch, dass die Firma Harles & Jentsch QS-zertifiziert war. Das wirft Fragen in Bezug auf das eben diskutierte Eigenkontrollsystem auf. Deshalb muss es auch hier zu Veränderungen und zu Verbesserungen kommen.

Natürlich gehört auch zur Wahrheit, um das klar zu sagen, dass es bei der ökologischen Landwirtschaft auch die Notwendigkeit gibt, Warenströme zu untersuchen und zu kontrollieren. Im Übrigen habe ich das nach den Vorfällen, die wir in Nordrhein-Westfalen bei einem oder bei zwei Betrieben hatten, nachdrücklich gefordert. Wir werden auch hier gemeinsam über mehr sowohl staatliche als auch Eigenkontrollen zu reden haben. Das richtet sich auch an die Verbände. Denn die hohen Güter einer Landwirtschaft und insbesondere einer ökologisch wirtschaftenden Landwirtschaft sind eben das große Vertrauen in die und die hohe Sicherheit der Produkte.

Lassen Sie uns also gemeinsam daran arbeiten. Lassen Sie uns vor allem die Konflikte, die heute von Ihnen in die Debatte getragen worden sind, ein Stück weit zur Seite stellen. Denn es geht um die Verbraucherinnen und Verbraucher, und die sollten uns jede Mühe wert sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht noch einmal der Kollege Stinka.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Vorredner von CDU und FDP so häufig von Dialog gesprochen haben, habe ich einmal gegoogelt, was „Dialog“ eigentlich heißt.

Sie fallen hinter alte Fronten zurück, weil Sie diesen Konflikt brauchen, um deutlich zu machen, dass der Weg, den Sie beschreiten, so nicht beschriftet werden kann. Wenn Sie auf den Höfen nachfragen, auf die sich auch Sozialdemokraten hin und wieder verirren, erfahren Sie, dass die Arbeitsbelastung, die Anforderungen an Cross-Compliance, die Bürokratie und viele andere Dinge die Landwirte belasten. Das wissen wir doch.

Wenn Sie so tun, als wenn wir jetzt einen Gegensatz aufbauen – da kann ich Herrn Rempel nur unterstützen –, befinden Sie sich auf dem absolut falschen Weg. Die Zukunft für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen sieht anders aus und nicht so, wie es gerade Herr Deppe dargestellt hat: Sie sind in der Debatte immer ideologiefrei. Sie sind nur sachlich und nur vernünftig. – Das ist keine Zukunft für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen.

Es wird darauf abgehoben, dass man zu einem Dialog kommen muss. Wir wissen, dass das in einer modernen Gesellschaft sowohl die Industrie als auch viele Verbände betrifft. Mein Kollege Sundermann hat darauf hingewiesen, dass das heißt, dass man sich mit allen an einen Tisch setzen und überlegen muss, wie man diese Probleme lösen kann.

Ich komme aus einem ländlich geprägten Kreis. Dort gibt es gerade mit den Stallbauten Probleme. Ich weiß doch auch, dass es sich viele Verbraucherinnen und Verbraucher ein bisschen einfach machen, indem sie sagen: Ich hätte gerne Putenstreifen, ich möchte nur nicht wissen, wo sie herkommen. – Genau diesen Prozess müssen wir durchbrechen. Ein Dialogprozess, den die Landwirtschaft mit der Landwirtschaft führt, bringt uns auf Dauer in diesem Land nicht weiter.

Sie hoben deutlich darauf ab, wir würden nur Politik für die Leute machen, die sich das leisten können. Gerade Sozialdemokratinnen und -demokraten können Sie unterstellen, dass wir die Verbraucherinnen und Verbraucher im Auge haben, die nicht über so ein hohes Budget wie beispielsweise ich verfügen. Aber genau die Menschen haben doch einen Anspruch darauf, dass sie Sicherheit und Qualität bekommen. Das ist für sie eine ganz wichtige Sache.

Nun komme ich zurück zu unserem Entschließungsantrag: Gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von vielen Ernährungsbetrieben, die gerade in den ländlichen Gebieten angesiedelt sind, haben

doch einen Anspruch darauf, dass sie durch eine Krise nicht in schwierige Arbeitsverhältnisse geraten. Wenn Sie daher so tun, als würden zwei Fronten aufgebaut, sage ich Ihnen: Das haben Sie in der Debatte heute Morgen ganz deutlich gemacht.

In der „Süddeutschen Zeitung“ lese ich heute Morgen ein Interview mit dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen. Er macht in seinen Ausführungen deutlich, dass „billig“ und „Qualität“ auf Dauer einen Konflikt darstellen, den wir gemeinsam lösen müssen, ob Weltmärkte oder nicht. Dieses Spannungsfeld gibt es. Die Landwirtinnen und Landwirte sind einem zu hohen Druck ausgesetzt. Wir leben nicht in einem Wolkenkuckucksheim, sodass wir nicht wüssten, dass es so etwas in der Arbeitswelt und auch in der Landwirtschaft gibt. Dort wirkt sich das aber viel stärker aus, weil es sich, wenn wir Maschinen brauchen, um andere Produktionsprozesse handelt als diejenigen, die ich vorhin ausgeführt habe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns in vielen Bereichen der Landwirtschaft und der Wirtschaft im Allgemeinen auf den Weg machen, um für Akzeptanz zu sorgen. Noch einmal: Auch dieser Entschließungsantrag ist eine Einladung, dass wir Verbraucherinteressen ganz klar anvisieren, aber dass wir auch Interessen der Landwirtinnen und Landwirte ins Auge nehmen – auch das tut dieses Landesregierung –, damit sie zukünftig gut wirtschaften können. Das ist für uns ganz entscheidend.

Wenn wir den Blick nach Österreich richten, Kolleginnen und Kollegen, das kein Entwicklungsland im Bereich der Landwirtschaft ist, stellen wir fest: Österreich hat sich durch Nischen einen guten Markt in der EU gesichert.

Hören wir damit auf, das eine gegen das andere auszuspielen. Es gibt eine mögliche Lösung für Landwirte, stärker biologisch zu produzieren und regional zu vermarkten. Es wird andere Wege für die konventionelle Landwirtschaft geben.

Aber seien Sie offen. Ich habe gerade zugegeben, dass ich bereit bin zu lernen. Bei Ihnen ist diese Bereitschaft noch nicht sehr groß. Sie wird hoffentlich bei der Beratung in den Ausschüssen größer sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen uns zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir zum einen die Debatte zu Tagesordnungspunkt 1 schließen können.

Zum anderen ist, wie Sie zwischenzeitlich bemerkt haben, ein gemeinsamer Entschließungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linker Drucksache 15/1140 eingegangen. Er trägt den Titel „Lebensmittel sicher machen – Verbraucherinnen und Verbraucher vor Schadstoffen schützen“ und ist auf Ihre Tische im Plenarsaal verteilt worden.

Deshalb stimmen wir jetzt über den Inhalt des **Entschließungsantrags Drucksache 15/1140** ab. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linker. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU und der FDP. – Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linker bei Ablehnung von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

2 Konsequenzen der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen vom 18. Januar 2011 in dem verfassungsgerichtlichen Verfahren betreffend das Nachtragshaushaltsgesetz 2010

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/1143

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/1145

Sie alle wissen, dass der Chef der Staatskanzlei uns mit Schreiben vom 18. Januar mitgeteilt hat, dass die Landesregierung eine Unterrichtung zu dem genannten Thema beabsichtigt.

Die Unterrichtung erfolgt durch Finanzminister Dr. Walter-Borjans, dem ich jetzt das Wort erteile.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –
Zurufe von der CDU und von der FDP)

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich muss Ihnen nicht sagen, dass der Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen am gestrigen 18. Januar einen vielbeachteten Beschluss gefasst hat.

Entgegen dem Eindruck, den man bei der Betrachtung der heutigen Schlagzeilen haben könnte, hat das Gericht in der Frage, ob der Nachtragshaushalt 2010 ganz oder teilweise mit der Landesverfassung